

Erzheim
an allen Werktagen.
Bezugspreis
monatlich M.
in der Geschäftsstelle 700.—
in den Ausgabestellen 750.—
durch Zeitungsboten 800.—
am Postamt 440.—
ins Ausland 100 deutsche M.

Fernsprecher: 4246, 2273,
3110, 3249.

Postcheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Anzeigenpreis
f. d. Grundstiftung im
Anzeigenteil innerhalb
Polens 100.—M.
Reklameteil 300.—M.
Für Anträge aus
Deutschland 10.—M.
im Reklameteil 30.—M.
in deutscher Mark.

Telegrammadresse:
Tageblatt Posen.

Postcheckkonto für Polen: Nr. 201283 in Posen.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Ausperrung hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Spätestens innerhalb eines Jahres.

Es war an dieser Stelle schon wiederholt die Rede davon, daß der letzte Absatz des letzten Artikels (126) der Verfassung der polnischen Republik vom 17. März 1920 bis jetzt nicht verwirklicht worden ist. Dieser Absatz lautet:

„Alle gegenwärtig bestehenden Vorschriften und Rechtsverordnungen, die mit den Bestimmungen dieser Verfassung nicht übereinstimmen, werden spätestens innerhalb eines Jahres nach Annahme dieser Verfassung der gesetzgebenden Körperschaft zur Herbeiführung ihrer Übereinstimmung mit dieser im Wege der Gesetzgebung vorgelegt.“

Die Zahl der mit der Verfassung nicht übereinstimmenden Vorschriften und Rechtsverordnungen dürfte sich bei näherem Zusehen als nicht gering erweisen. Zu ihnen gehört das Mieterschutzgesetz vom 18. Dezember 1920.

Man muß das Verschwinden dieses Gesetzes und seinen Ersatz durch etwas Besseres sowohl vom Standpunkt des Hausbesitzers als auch vom Standpunkt des Mieters dringend wünschen.

Vom Standpunkt des Hausbesitzers, weil die nach diesem Gesetz zu zahlenden Mieten — darüber braucht kaum ein Wort verloren zu werden — den tatsächlichen Verhältnissen in keiner Weise entsprechen. Und gerade der Hausbesitzer darf sich hier, wenn er das Mieterschutzgesetz bekämpft, auf die Verfassung berufen, deren Art. 99 sagt:

„Die polnische Republik erkennt jegliches Eigentum, sei es das persönliche der einzelnen Bürger, sei es das Gesamteigentum von Vereinigungen von Bürgern, von Anstalten, von Selbstverwaltungskörpern und schließlich das des Staates selbst, als eine der wichtigsten Grundlagen des gesellschaftlichen Aufbaus und der Rechtsordnung an und verbürgt allen Bewohnern, Anstalten oder Gesamtheiten den Schutz ihres Besitzes.“

Bei der gegenwärtigen Lage der Dinge kann man es begreifen, wenn ein Teil der Hausbesitzer der Ansicht ist, daß ihnen gegenüber diese Zusage des Schutzes des Eigentums nicht verwirklicht worden ist, und man darf fragen, ob hier die „Rücksichten des höheren Nutzens“ in Frage kommen, die nach demselben Art. 99 in gewissen Fällen eine Aufhebung oder Beschränkung des Eigentums zulassen sollen. Diese Aufhebung oder Beschränkung des Eigentums soll in den gedachten Fällen „gegen Entschädigung“ stattfinden. Gemeint kann doch natürlich nur sein „gegen angemessene Entschädigung“.

Die Aufhebung des jetzt geltenden Mieterschutzgesetzes ist aber, wie gesagt, auch vom Standpunkt des Mieters aus dringend zu wünschen.

Nicht wenige Hausbesitzer sind jetzt schon — zum Teil schon vor längerer Zeit — an ihre Mieter mit neuen Forderungen herangetreten. Daß diese Forderungen dem jetzt geltenden Gesetz zuwiderlaufen, ist klar. Wie soll sich der Mieter diesen Forderungen gegenüber verhalten?

Gerade diejenigen unter den zur Miete wohnenden Staatsbürgern, die auch unter dem Druck der jetzt herrschenden Verhältnisse sich noch eine gewisse rechtliche und moralische Feinfühligkeit bewahrt haben, kommen dadurch in ein peinliches Dilemma.

Sollen sie die Forderungen unter Hinweis auf das geltende Gesetz glatt ablehnen? Manche tun es. Andere gehen sich dazu außer stande. Erstens, weil sie selbst zugeben müssen, daß die jetzigen Mieten dem Hauswirt die zur Erhaltung des Hauses notwendigen Mittel nicht geben. Zweitens, weil sie in vielen Fällen befürchten müssen, daß ihnen eine Ablehnung einer solchen „freiwilligen Erhöhung des Mietzinses“ unter Umständen sehr unangenehme Erschwerungen ihrer Beziehungen zum Hauswirt bringen kann. Diese Befürchtung wird um so lebhafter, wenn alle anderen Mieterspartei des Hauses sich bereit erklären, die „freiwillige Erhöhung“ zu zahlen, so daß der in Frage stehende Mieter mit seiner Ablehnung allein stünde, und die Befürchtung wird besonders lebhaft, wenn der in Frage stehende Mieter der einzige Deutsche in einem sonst ganz von Polen bewohnten Hause ist. Der Mieter könnte ja trotz seiner Befürchtung bei der Ablehnung der „freiwilligen Erhöhung“ verharren (wenn die Dinge nicht so liegen, daß auch sein Willigkeitsgefühl ihm diese Erhöhung als angebracht erscheinen läßt) und beietwaigen unangenehmen Folgen (Verweigerung unbedingt notwendiger Abstellung von Mängeln und dergl. durch den Hausbesitzer oder Verwalter) sich an die Polizei oder das Mietseinspruchsamt wenden, — aber erstens müßte er dann oft zunächst doch unter den nicht rechtzeitig abgestellten Mängeln leiden, und zweitens droht ihm dann vielleicht eine neue Gefahr: es wird erzählt, daß die Hausbesitzer eine schwarze Liste führen, auf die die Namen derjenigen Mieter kommen, die es wagen, von dem ihnen zustehenden Recht der Anrufung des Mietseinspruchsamtes Gebrauch zu machen. Es wird erzählt. Ob es wahr ist, steht dahin. Aber dieses Gerücht genügt, manchem Mieter die Anrufung des Mietseinspruchsamtes zu verleiden. Soll ein zur Miete wohnender Staatsbürger sich selbst in die Gefahr bringen, im Falle eines Wohnungswechsels (der ja an sich schon heutzutage eine Katastrophe ist) obdachlos zu bleiben?

Wenn nun diese Bedenken bestehen, — soll darum der Mieter „freiwillig“ die vom Hausbesitzer im Widerspruch zu dem vorläufig noch geltenden Gesetz erhöhte Miete zahlen? Und welche Norm soll dann zu Grunde gelegt werden? In den bis jetzt bekannt gewordenen Entwürfen des neuen Gesetzes über die Wohnungsverhältnisse wurden verschiedene Multiplikationen vorgeschlagen.

Abgesehen von der verschiedenen Zahl der bewohnten Räume war vom Zwanzigfachen, vom Dreißigfachen, vom Vierzigfachen und von noch Mehrfachem des Mietzinses von 1914 die Rede. Das Wievielfache soll nun ein Mieter für angebracht halten, wenn er bei der „freiwilligen Mehrzahlung“ weder sich selbst noch den Hauswirt schädigen will?

Diese Zustände haben nicht nur eine ernste wirtschaftliche, sondern zweifellos auch eine politische Bedeutung. Daher müssen und dürfen sie auch an dieser Stelle behandelt werden. Das Weiterbestehen des jetzigen Mieterschutzgesetzes hat eine neue Zerküftung und Benurteilung der Bevölkerung unseres Landes zur Folge. Neben den nationalen und konfessionellen Minderheiten bildet sich als neue Minderheit die „Minderheit der Hausbesitzer“, die schon davon spricht, daß die Hausbesitzer zu „Staatsflauen“ und „den Mietern tributpflichtig“ gemacht würden, und dieser neuen um das Recht auf ihr Eigentum kämpfenden Minderheit gegenüber steht die Mehrheit derer, die kein Haus besitzen und zum großen Teil so schwer um ihr Dasein kämpfen, daß man von ihnen wirklich einen freiwilligen Verzicht auf einen Teil ihres Einkommens nicht verlangen kann. Die Kluft zwischen diesen beiden Gruppen vertieft sich und vergrößert sich, so lange das jetzige Mieterschutzgesetz besteht. Eine solche Spaltung und Zerküftung und eine solche Wehrung der Unzufriedenheit liegt nicht im Interesse des Staates. Man muß daher wünschen, daß das Mieterschutzgesetz, das in seiner jetzigen Form spätestens innerhalb eines Jahres nach Annahme der Verfassung hätte schwinden müssen, sobald als irgend möglich einer besseren Lösung des schweren Problems Platz macht. Aber eben: einer besseren Lösung. Es gilt, zwischen der Scylla der Benachteiligung des Hausbesitzers und der Charybdis der Verwucherung des Mieters durch den Hausbesitzer hindurchzuschiffen. Der dauernden Fehde zwischen Mietern und Hausbesitzern muß ein Ende gemacht werden. Wir haben Parteien und Gegensätze genug im Lande.

Eine französische Note an England.

Paris, 3. September. Die französische Regierung hat am Freitag dem englischen Botschafter in Paris eine Note überreicht, die den Standpunkt Frankreichs zu der neu geschaffenen Lage in Bezug auf das Reparationsproblem erläutert. Die Note beschäftigt sich besonders eingehend mit der Frage der Kriegsschulden, die die Alliierten unter sich abgeschlossen hätten, und erklärt, daß diese Frage mit der Frage der Reparationen nicht verglichen werden könnte. Die interalliierten Schulden seien nicht zum Vorteil der einzelnen Staaten, sondern für die große Sache und zu einem Gesamtzweck abgeschlossen worden. Jedenfalls müsse man behaupten, daß diese Tatsachen diesen Schulden einen von den gewöhnlichen interalliierten Schulden verschiedenen Charakter geben. Die deutsche Reparationspflicht sei die notwendige Folge freiwilliger und in der Mehrzahl völlig unnützer Zerstörungen. Sie sei die selbstverständliche Wiedergutmachung von Weib, die in den zerstörten Gebieten von der deutschen Heeresleitung den staatlichen und privaten Unternehmungen zugefügt worden seien. Was Frankreich anbelange, habe es am meisten unter diesen Zerstörungen gelitten. Es habe sich in eine Zwangslage versetzt gesehen, dadurch, daß Deutschland nicht bezahle, selbst die Restauration seiner befreiten Gebiete vorzunehmen. Das ganze Defizit in seinem Budget rühre daher, daß es Deutschland in diesem Punkte bereits zahlreiche Milliarden vorgeschossen habe. Frankreich kann also in keiner Weise irgend eine Regelung der Schulden vornehmen, die es während des Krieges abgeschlossen habe, ebensowenig der Ausgaben, die es für andere und für sich gemacht habe und die es für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete noch zu machen habe, so lange es nicht von Deutschland in irgendeiner Weise genügende Zahlungen erhalten habe. Wenn aber einmal Deutschland seine Verpflichtungen eingestanden habe, dann würde die französische Regierung sich einer allgemeinen Regelung der interalliierten Schulden Frankreichs nicht widersetzen. Was im besonderen die Regelung der privaten Schulden anbelange, so müßte die französische Regierung noch einige Reserven machen. Es sei ein Unterschied zwischen den Kriegsschulden, die Frankreich in Amerika und England gemacht habe. Ein Teil der amerikanischen Schuld sei nach dem Waffenstillstand abgeschlossen worden. Es handle sich hier um eine gewöhnliche kaufmännische Schuld. Für den Rest der amerikanischen Schuld gelte natürlich dasselbe, was für die anderen interalliierten Schulden gelte. Man könne aber nicht vergessen, daß die Vereinigten Staaten in den Krieg eintreten, ohne daß ihre Existenz direkt bedroht war. Hingegen sei England in den Krieg eingetreten, ebenso wie Frankreich nicht nur um seine Unabhängigkeit, sondern auch das Leben und den Besitz und die Existenz seiner Staatsangehörigen und sein Leben als Nation zu verteidigen. — Im übrigen verlangt die Note, daß die britischen Guthaben in Frankreich noch einer Revision unterzogen werden. Sie weist darauf hin, daß alle Lieferungen, die von den französischen Intendanten an die englische Armee im Laufe des Krieges gemacht wurden, von diesen zu den inneren französischen Preisen abgetreten wurden, also zu demselben Preise, wie die Lieferungen an die französische Armee. Gingen aber England die Lieferungen, die es im Laufe des Krieges an die französische Armee machte, mit den üblichen Aufschlägen berechnet. In der Note wird deshalb verlangt, daß diese Zahlungen einer eingehenden Revision unterzogen würden. Zum Schluß wird darauf hingewiesen, daß die Regierung der französischen Republik in diesem Punkte einfach verlange, so behandelt zu werden, wie sie seinerzeit die gemeinsamen Alliierten und ihre Schulden behandelte. Die französische Regierung verlange nun die Zahlungen seiner Guthaben von seinen Alliierten nicht, denn sie sei sich darüber klar, daß eine derartige Forderung moralisch und materiell vorläufig nicht ausführbar sei und denke nicht einmal daran, eine derartige Forderung aufzustellen. In den Schlusssätzen betont dann das Dokument zwar den verständlichen Geist, in dem die britische Regierung das Problem der interalliierten Schulden zu diskutieren gedenke, erklärt aber zugleich, die französische Regierung müsse doch die Aufmerksamkeit der britischen Regierung auf die Erwägungen lenken, die vorausgehen und daß unter diesen Umständen auch die französische Regierung bereit sei, in eine allgemeine Regelung der Kriegsschulden Frage einzutreten.

Die Wirkungen der Pariser Entscheidung.

An der Berliner Börse haben die Pariser Entscheidungen am Freitag einen jähen Rückschlag nach der Devisenbaisse zur Folge gehabt. Der Dollar fiel um mehr als 400 Punkte auf 1300 und ging im Abendverkehr nach Bekanntwerden des Beschlusses des Pariser Ministerrates, auf eine selbständige Aktion Frankreichs zu verzichten, noch weiter zurück. Für die Beurteilung der Großfinanz ist eine Erklärung interessant, die einer der führenden deutschen Bankdirektoren, Direktor Urbis, von der Diskontogesellschaft, abgegeben hat. Urbis begrüßt, daß für den Augenblick keine Barzahlungen verlangt werden. Er hofft, daß in der Zeit bis zur Fälligkeit der an Belgien zu gebenden Schatzscheine irgend welche Vorbereitungen mindestens zur Reduzierung der deutschen Schuldsumme getroffen werden. Dann könne in der Welt wieder Vertrauen entstehen. Andererseits warnt Urbis davor, den Goldschatz der Reichsbank anzugreifen, und er hält es für sehr unwahrscheinlich, daß die deutschen Großbanken die Verpflichtung eingehen könnten, Wechsel an Belgien zu girieren.

Der deutsche Reichskanzler hat am Freitag dem überwachungs-ausschuß des Reichstages erklärt, daß er noch keine Mitteilungen über die Pariser Reparationsverhandlungen machen könne, da der Kabinettsrat über die Entscheidung der Reparationskommission bis zur Rückkehr des Staatssekretärs Schröder verschoben wurde. Der Kanzler hat deshalb die Abgeordneten, jede Debatte über die Pariser Entscheidung zurückzustellen, und behält sich vor, die Parteiführer zu einer vertraulichen Besprechung zu sich zu bitten.

Stellungnahme des Pariser Ministerrates.

Paris, 2. September. Der französische Ministerrat nahm am 1. September die Entscheidung der Reparationskommission zur Kenntnis, ohne Widerspruch zu erheben. Poincaré gab einen Bericht über die äußere Politik. Da die Reparationskommission das Moratorium abgelehnt hat, schloß sich der Ministerrat Poincarés Ausführungen an, daß nunmehr die Wirkung der Maßnahmen abzuwarten und kein Anlaß zu einem isolierten Vorgehen Frankreichs gegeben sei. Der Presse wurde folgendes Communiqué übergeben: „Da die Reparationskommission Deutschland das verlangte Moratorium nicht bewilligt hat, ist der Ministerrat der Ansicht, daß er für den Augenblick vorerst von dieser Entscheidung zu nehmen hat. Da Belgien, das infolge seines Prioritätsrechtes die nächsten Zahlungen in ihrer Gesamtheit zu erhalten hat, die von der Kommission angenommenen Modalitäten nicht angenommen, sondern sogar vorgeschlagen hat, war der Ministerrat der Meinung, daß er seine Handlungsfreiheit bis zum Inkrafttreten der vorgesehenen Bedingungen wahren müsse. Der Ministerrat hat ferner beschlossen, gegen der Idee, die der Ministerpräsident in London vertreten hat, darauf zu bestehen, daß eine Konferenz einberufen wird, zu der alle Verbündeten ohne Ausnahme eingeladen werden sollen, und die die Frage der interalliierten Schulden und der Reparationen in ihrer Gesamtheit studieren soll.“ Außerdem hat der Ministerrat den Text der Antwort auf die Note Balfours über die interalliierten Schulden festgesetzt. Am nächsten Donnerstag findet ein neuer Kabinettsrat und am 21. September ein neuer Ministerrat unter dem Vorsitz von Millerand statt. — In dem Briefe, den Poincaré im Einverständnis mit dem Ministerrat auf die Balfour-Note an den englischen Botschafter in Paris schrieb, kommt zum Ausdruck, daß die französische Regierung ebenso wie die englische davon überzeugt ist, daß das Problem der Reparationen nur dann gelöst werden kann, wenn es auf irgendeine Weise mit dem Problem der interalliierten Schulden verknüpft wird. Die französische Regierung betrachtet es als notwendig, daß die Frage in Kürze in allen ihren Punkten geprüft wird, und zwar in einer Konferenz, zu der alle interalliierten Staaten ohne Ausnahme eingeladen werden sollen. Poincaré glaubt bemerken zu müssen, daß ein Vergleich zwischen den Kriegsschulden der Verbündeten untereinander und der Reparationschulden nicht festzustellen sei. Frankreich könne eine Regelung der Kriegsschulden nur dann ins Auge fassen, wenn die für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete gemachten Aufwendungen durch Deutschland oder durch entsprechende Kombinationen gedeckt werden. Sobald aber Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt haben werde, werde sich die französische Regierung einer allgemeinen Regelung der interalliierten Schulden nicht widersetzen.

Die Depotstädte für die deutsche Garantie summe.

Paris, 3. September. (Tel.-An.) Der Korrespondent des „Daily Telegraph“ in Paris behauptet, daß Kopenhagen und Bern als die Städte auszuwählen seien, in welchen Deutschland wahrscheinlich die 14 Millionen Pfund Sterling in Gold, also 270 Millionen Goldmark der Reichsbank zu hinterlegen habe. Demselben Blatt zufolge hofft der englische Delegierte in der Wiedergutmachungskommission, Brabburgh, daß man einen Vergleich finden werde, um zu verhindern, daß der Goldvorrat der Reichsbank eine derartige bedeutende Summe entzogen würde.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Warschau, 3. September. Am Mittwoch, dem 6. d. Mts. beginnen um 11 Uhr vormittags im Gebäude der Kreisbaupolizei in Dresden die deutsch-polnischen Verhandlungen. Das Programm der Beratungen umfaßt folgende Fragen: 1. Die Priesnoten, 2. die Herausgabe von Akten, Dokumenten und Archiven durch die Deutschen, 3. den Transitverkehr zwischen Deutschland, Rußland und der Ukraine durch Polen. — Zur Teilnahme an den Verhandlungen über die Priesnoten reist der polnische Delegierte beim Entschädigungsausschuß, Drozdowski, in Sachen der Archive Prof. Dembiński, Abgeordneter zum Sejm nach Dresden, als Sachverständiger für die Transitfragen der Direktor des Handelsdepartements im Ministerium für Handel und Industrie, Tenenbaum. Die Bevollmächtigten der polnischen Regierung reisen über Katowice und Breslau und treffen am 5. d. Mts. in Dresden ein.

Warschau, 4. September. Der Präsident des Hauptliquidationsamts, Ing. Karsnicki, hat seinen Urlaub unterbrochen, ist am vergangenen Donnerstag zurückgekehrt und hat am Sonnabend seine Amtsgeschäfte wieder aufgenommen. Seine frühzeitige Rückkehr steht mit den Vorbereitungen zu den deutsch-polnischen Verhandlungen im Zusammenhang.

Vor den Sejmwahlen.

Warschau, 4. September. Am Sonnabend, dem 2. d. M., hat der General-Wahlkommissar im Sejmgebäude seine Amtsgeschäfte begonnen.

Warschau, 4. September. Nach Meldungen polnischer Blätter ist der frühere Ministerpräsident Bonikowski der polnischen Volksvereinigung beigetreten und soll in Warschau an erster Stelle in der Kandidatenliste dieser Partei figurieren.

Bromberg, 4. September. Die Nationale Arbeiterpartei hat hier als Kandidaten zum Sejm an erster Stelle Herrn Herz aufgestellt.

Warschau, 4. September. Über den Post- und Telegraphendienst während der Wahlen hat das Post- und Telegraphenministerium den Post-, Telegraphen- und Telephonämtern eine umfangreiche Instruktion erteilt. Um den Wahlorganen die Verwendung der Postfach zu erleichtern, soll von ihnen das Porto in einer Pauschalsumme eingezogen werden, so daß die Wahlkommissionen die Postsendungen nicht erst zu frankieren brauchen. Die Postsendungen werden ebenso behandelt wie die dringenden Staatssendungen. Telegramme und Telephongespräche, die von öffentlichen Telefonzellen aus geführt werden, werden vorläufig freigegeben. Die Bezahlung dieser Gebühren erfolgt erst nach Beendigung der Wahlen.

Die Maskerade der Nationaldemokratie.

Der „Robotnik“ schreibt: In Polen macht sich eine neue Bewegung bemerkbar. Wie Pilze nach dem Regen entstehen Parteien und bilden sich Blöcke. Die Parteifucht entsteht und verschwindet. Die Nationaldemokraten waren und sind nicht mehr. Die Nationale Volkspartei war und ist gleichfalls nicht mehr. Auf ihren Trümmern ist der Chajjednar (Chrześcijański Jednoczenie Naroduwe = Christliche Nationale Vereinigung) entstanden. Er ist ein bankrottierter Händler, der einen schlüpfrigen Kredit, schmutzige Empfehlungen, hundert Protekte auf dem Kopfe hat, dem die Gläubiger auf den Fersen sind, der Gerichtsvollzieher auf dem Hals und das Messer an der Gurgel sitzt, und der zur Rettung der Lage die Firma über Nacht auf den Namen seiner Frau überschreiben läßt. Der Chajjednar glaubt, daß das für die Wahlen veranschlagte Geld nicht verloren ist, wie manche annehmen. Tatsächlich wird sich das für die Wahlen veranschlagte Kapital bei einem günstigen Ausgang derselben recht gut verzinsen. Das ist ein ebenso gutes Geschäft wie Wucher, Schmuggel und Kettenhandel. Wenn die Wahlen dem Chajjednar Erfolg bringen sollten, so werden Wucher, Schmuggel und Kettenhandel strafflos ausgeübt, da sie legalisiert sein werden.

Wir brachten schon neulich (in Nr. 196) eine Meldung, wonach die Nationaldemokratie auch unter der Maske eines „Wahlkomitees für wirtschaftlichen Wiederaufbau“ auftritt.

Deutsche Wahlversammlung in Alexandrow bei Lodz.

Am Dienstag, dem 29. August, fand im Turnsaale zu Alexandrow eine von Herrn Abgeordneten Spidermann einberufene Wahlversammlung statt. Die Beteiligung war eine sehr rege, da man sich der Wichtigkeit der Wahlen allgemein bewußt ist.

Nachdem Herr Bengsch-Alexandrow die Versammlung eröffnet hatte, sprach Herr Abgeordneter Spidermann über die Bedeutung der Wahlen im allgemeinen und besonders über den Minderheitenblock. Redner hob hervor, daß die Wahlordnung den Minderheiten keinen anderen Ausweg ließ, als sich zu gemeinsamer Führung des Wahlkampfes zusammenzuschließen. Der Block gibt uns die Möglichkeit, wenigstens einen Teil der Mandate zu erlangen, die uns unserer Anzahl nach zustehen. Es ist heilige Pflicht eines jeden Deutschen, für die Listen des Minderheitenblockes zu stimmen. Herr Ritter-Kronig-Lodz sprach als Vertreter der Deutschen Arbeiterpartei Polens über die Stellungnahme der deutschen Arbeiterpartei zu den Wahlen und zu dem Block. Die deutsche Arbeiterpartei müßte sich trotz der unüberbrückbaren Klaffen gegenüber für ein Zusammengehen mit den anderen Richtungen der Minderheiten entschließen, wollte sie nicht in unverantwortlicher Weise ihre eigenen Interessen aufs Spiel setzen. Nachsichtiger Beifall folgte den Worten des Redners, als er die Versammelten aufrief, im bevorstehenden Wahlkampf für die Wahrung ihres heiligsten Gutes, des deutschen Volkstums, sowie für die Interessen ihrer Klasse einzutreten. Herr Emil Zerbe-Lodz gab einen geschichtlichen Überblick über die Entwicklung der Bürgerrechte in unserem Lande und erläuterte im Zusammenhang damit die neue Wahlordnung, die eine Knebelung der Minderheiten bedeute. Um dieser Knebelung entgegenzuwirken, müßte der Block geschlossen werden, der aber keinesfalls eine Preisgabe der Interessen der Arbeiterpartei bedeute. Ebenso wie die bestehenden Massen, witz auch die Arbeiterpartei ihre Vertreter in die gesetzgebenden Körper-

schaften entsenden. Herr Otto Graß-Lodz schilderte den Verfall der deutschen Schule, die sich in äußerster Gefahr befindet. Redner führte einige Fälle der Vergewaltigung der deutschen Schule und der deutschen Sprache an und wies darauf hin, daß durch die Vernichtung der deutschen Schule dem deutschen Volkstum der Todesstoß versetzt würde.

Nach diesen Reden wurde von den Versammelten einstimmig eine Entschließung angenommen, die sich für den Minderheitenblock ausspricht und mit den in Lodz und Babianice gefaßten Entschließungen übereinstimmt. Im Anschluß daran wurde ein Wahlkomitee gewählt, das aus nachstehenden Herren besteht: A. Bengsch, E. Koch, J. Porsch, W. Zerbe, S. Ludwig, R. Schmidt, G. Kuchmann, E. Prochowski und W. Behlau.

Daß in den Wahlversammlungen von Lodz und Umgebung so häufig sozialistische Töne angeschlagen werden, erklärt sich daraus, daß ein großer Teil des dortigen Deutschstums dem Arbeiterstande angehört, der dort viel Treue und Hingebung für die Sache unseres Volkstums beweist.

Sozialdemokratie und Nationale Arbeiterpartei in Lodz.

Der Kampf zwischen der Polnischen sozialistischen Partei und der Nationalen Arbeiterpartei in Lodz, so schreibt der „Kurjer Polski“, entbrennt mit besonderer Heftigkeit. Beide Parteien haben mächtige Berufsverbandszentralen organisiert. Die Nationale Arbeiterpartei besitzt die Tageszeitung „Praca“, die Polnische sozialistische Partei nur das Wochenblatt „Lodzianin“.

Allgemein wird angenommen, daß beide Arbeiterparteien drei Mandate erlangen werden. Welcher aber zwei Mandate und welcher ein Mandat zufallen wird, werden erst die Wahlen zeigen. Das ist im übrigen wiederum davon abhängig, ob noch eine neue liberale Gruppe in die Schranken tritt, die die Stimmen eines Teils der Intelligenz für sich gewinnen könnte, die im anderen Falle den Arbeiterparteien zufallen. Die Nationale Arbeiterpartei stellt an erster Stelle den Ingenieur Wojewódzki, der früher Stadtpräsident war, die Sozialistische Partei den Abgeordneten Ziemielski und an zweiter Stelle den Stadtverordneten Kapalski auf. Zum Senat kandidiert von der Polnisch-sozialistischen Partei Dr. Kopeński. Kleinere Parteien wie z. B. die unabhängigen Sozialisten, die deutsche Arbeiterpartei, die Kommunisten, der jüdisch-kommunistische Bund treten an die Wahlurnen heran, aber das Ergebnis ist zweifelhaft. Blöcke werden, wie es scheint, ihre Lage nicht verbessern. Außerdem ist es noch möglich, daß in Lodz die Nationale Staatsunion an den Wahlen teilnimmt.

Fehler im Wahlkalender.

Nach einer Information des Büros des General-Wahlkommissars sollen sich im Wahlkalender gewisse Fehler eingeschlichen haben. In den nächsten Tagen soll eine dementsprechende Berichtigung erfolgen.

Aus der polnischen Presse.

Die Aussichten der nationalen Minderheiten bei den Wahlen zum Sejm und zum Senat erörtert und berechnet die „Kaczepospolita“. Sie stellt zunächst fest, daß es in ganz Polen, mit Einschluß Oberschlesiens und des Wilnaer Gebiets, 27 160 163 Personen gebe. Davon sind 18 659 993 Polen, 8 500 170 Fremdstämmige. Die Minderheiten nehmen also rund 30 Prozent der Gesamtbevölkerung ein. Bei einer gerechten Verteilung der Sejmische müßten also von den 444 Sitzen 133 an Nichtpolen fallen und von den 110 Senatoren würden 33 nichtpolnischer Nationalität sein. Das Blatt bemerkt aber, daß „zum Glück“ dank den über die Wahl getroffenen Bestimmungen ein solches Ergebnis unmöglich sei. Es gebe in Polen rund 1 200 000 Deutsche, 2 800 000 Juden, 3 000 000 galizische Ruthenen, 1 000 000 wohnnische Ruthenen und 500 000 Weiß-Ruthenen. Durchschnittlich entfalle ein Sejmists auf 80 000 Stimmen; wenn die Deutschen beispielsweise geschlossen in einer bestimmten Gegend wohnen würden, so würden sie 20 Sitze erhalten können; da sie aber zerstreut wohnen und die liberalkommunistischen Parteien zugute kommen, so werden nach der Berechnung des Blattes die Deutschen für den Sejm nur 12 oder 13 Sitze und für den Senat nur 2 oder 3 Sitze erhalten. Entsprechend liegen die Verhältnisse bei den übrigen Völkern. Die Juden dürften statt 47 Mandate nur 20 bis 24 im Sejm und 4 oder 5 im Senat erhalten. Die galizischen Ruthenen statt 50 Mandate nur 30-35 im Sejm und 5 oder 6 im Senat. Die wohnnischen Ruthenen statt 17 Mandate nur 10-12 im Sejm und 2 oder 3 Mandate im Senat. Die Weißruthenen endlich dürften mit Rücksicht auf die Tatsache, daß sie ziemlich geschlossen wohnen, 9 bis 12 Mandate im Sejm und 1 oder 2 Mandate im Senat erhalten. Insgesamt würde also für den neuen Sejm mit 81 bis 98 Sitzen für die bürgerlichen Minderheiten und mit 14 bis 19 fremdstämmigen Senatoren zu rechnen sein. Das Blatt glaubt voraussetzen zu können, daß die Deutschen in Kommerellen von den zur Verfügung stehenden 14 Mandaten höchstens 3, im Posener Gebiet von den verfügbaren 30 Mandaten höchstens 4 oder 5 und in Oberschlesien von insgesamt 17 Mandaten auch nicht mehr als 3 erhalten werden.

können, daß die Deutschen in Kommerellen von den zur Verfügung stehenden 14 Mandaten höchstens 3, im Posener Gebiet von den verfügbaren 30 Mandaten höchstens 4 oder 5 und in Oberschlesien von insgesamt 17 Mandaten auch nicht mehr als 3 erhalten werden.

Der jüdisch-deutsche Block im künftigen Sejm wird nach Ansicht des Herrn Bogdan Zawisza („Dziennik Półn.“ Nr. 199) ein unbedeutendes Gruppchen sein und keinen politischen Wert haben. „Aber die Allgemeinheit der nationalen Denker“ — so führt Herr Zawisza fort — „hat durch die bittere Erfahrung belehrt, erste Gründe zur Befürchtung, daß im kommenden Sejm die Vintselemente, die in ihren Mitteln nicht wählerisch sind, je nach Bedarf sich der Minderheiten bedienen werden. Die Deutschen sprechen schon heute deutlich davon. Nicht umsonst schreibt das „Pos. Tagebl.“, daß das Zusammengehen der Juden und Deutschen mit den Vintsen eine natürliche und selbstverständliche Sache sei, da sie bei den sozialistischen Parteien am meisten Gerechtigkeitsgefühl finden. Jedoch kein Dienst ohne Gegenleistung. Jede Unterstützung, die von den Minderheiten gewährt wird, wird die Linke mit einer Nelke von Zugeständnissen auf dem Gebiete der wichtigsten Lebensinteressen des Staates erkaufen müssen. Einen Vorgesmack davon haben die Forderungen, die vom deutschen Sejmklub unter der Adresse des gegenwärtigen Ministerpräsidenten gestellt wurden, und die immer häufigeren Ansprüche der deutschen und jüdischen Presse gegeben. Falls in den künftigen Kammern die Linke zusammen mit den Juden und Deutschen über eine Mehrheit verfügen sollte, dann würde in unserem Staate die polnische Nationalität nicht der herrschende Faktor sein. Es würden sich dann die Träume des Organs der Zionisten „Kojes Gajot“ erfüllen, das „durch das Bündnis der Linken mit den Deutschen und Juden die Grundlagen, auf die sich bisher die unbeschränkte Selbstherrschaft der polnischen Nationalität in Polen stützte, eine Erschütterung erfahren und die Realisierung der politischen Bestrebungen der Minderheiten ins Spiel kommen würde, die dann die Zersplitterung des polnischen Staates entsprechend ihrer nationalen Sonderstellung und Interessenunterschiede anstreben würden, was durchaus den föderalistischen Sympathien der Vintselemente entsprechen würde. Statt eines festen Organismus würden wir dann „einen Staat im Staate“ haben. Das könnte auf dem Boden der aus der Gedankenwelt des radikalen Sozialismus geschöpften sozialistischen Experimente der Vintselemente zur Liquidierung des Staates führen. Güten wir uns also vor einem Bündnis der Linken mit den Minderheiten; denn es kann eine verbrecherische Macht bilden, der unser Staat nicht standhalten können. Die politische Tendenz gewisser deutscher Elemente ist durchaus nicht maskiert; denn das erwähnte „Posener Tageblatt“ erklärt zum Beispiel offen, daß viele Deutsche „das Interesse des Deutschstums höher stellen als das Staatsinteresse“. Wie die Deutschen das Interesse des Deutschstums auffassen, davon weiß in Polen jedes national empfindende Kind. Eine vierte und letzte Teilung Polens würde ihrem Appetit auf Schloffen, das Posener Gebiet, Kommerellen und Danzig am meisten zuzugewinnen. Die jüdische Frage als eine der größten Wunden unseres inneren Lebens bedarf keiner umfangreicheren Kommentare zur Begründung der vorigen Beschlüsse. Die Tätigkeit der jüdisch-deutschen Elemente in Polen gegen den Staat ist um so gefährlicher, als sie die Unterstützung mächtiger politischer Lager auf internationalem Gebiete für sich hat. In erster Linie muß man auf die philo germanischen Faktoren hinweisen, die auf Kosten Polens das angebliche Unrecht wieder gutmachen möchten, das den Deutschen durch den Versailler Vertrag angetan worden ist. Sie lauern also auf die Gelegenheit, den polnischen Staat zu schwächen und dann zu vernichten. Außer dem solidarisieren sich mit unseren Feinden die radikalen sozialistischen Elemente, die den polnischen Staat als typisch imperialistischen, reaktionären und intoleranten Staat ansehen und gegen Polen auch als Verräter der von uns angeblich bergewaltigten allgemeinen-menschlichen humanitären Gesetze auftreten, die der Ausgangspunkt ihres politischen Credos sind. Demgegenüber muß also das ganze nationaldenkende Polen ständig die jüdisch-deutsche Minderheit im Auge behalten. Wenn wir ihre freie Hand lassen, wird sie unabwendbar innerhalb der Republik eine Tätigkeit gegen den Staat entwickeln und die Fäden sämtlicher internationalen Intrigen gegen Polen miteinander verbinden. Aber vor allen Dingen muß die nationale Allgemeinheit danach streben, das Bündnis der Linken mit den Minderheiten im künftigen Sejm unschädlich zu machen, was sie lediglich durch vollständigen Sieg bei den Wahlen erreichen kann.“ — Soweit der „Dziennik Półn.“. Dazu ist vor allen Dingen auf Nr. 190 des „Pos. Tagebl.“ hinzuweisen, wo unter „Berichtigung“ zu lesen ist, daß das Wort „Staatsinteresse“ im Leitartikel

Danziger Kurse vom 4. September.

Die polnische Mark in Danzig 16.
Der Dollar in Danzig . . . 1410.

Magnus Wörland und seine Erben.

Roman von Günther von Hohenfels.

(14. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Herr Berghausen war durchaus nicht beruhigt. „Und Sie glauben, ich ließe mich so abspenken? Von so einem arroganten Kaufmann gewissermaßen an die Luft setzen? Ein Betrug ist verübt, meine Name mißbraucht. Wenn ich nicht zufällig den Sonntag mit dem Kommerzienrat Ziemßen zusammengewesen wäre, was hätte man von mir gedacht! Und selbst so! Glauben Sie nicht, daß trotz allem in unserer Gesellschaft Herren sind, die mich scheel ansehen? Ich habe das Recht, nein, ich habe mir selbst gegenüber die Pflicht, den Fall aufzuklären zu lassen, und ich habe wirklich nicht die geringste Veranlassung, den vornehmen Herrn Wörland zu schonen. Mir steht meine Ehre höher.“ — „Sie wünschen also, daß ich den Fall weiter verfolge und zur Anzeige bringe?“ — „Natürlich, wir werden uns nicht genieren.“ — „Um irgendwelche weitere Schritte zu tun, müßte ich mich allerdings an die hiesige Polizei wenden.“ — „Ich bitte darum — ich möchte doch wissen, wer mein Doppelgänger war.“

Inzwischen kam Wörland, nachdem die Herren gegangen waren, in sein Bureau zurück und sah den zusammengebrochenen Magnus. „Kopf hoch, Junge, das hilft nun nichts.“ — „Onkel, wie soll ich das überleben! Nun bin ich schuld.“ — „Wenn sich alles so verhält, wie Du sagst, dann wäre ich voraussichtlich auch auf den Leim gegangen. Wir kommt ein ganz anderer Gedanke. Ob da nicht der faubere Herr Mac Alfister dahintersteckt? Wer weiß, er ist dabei gewesen, wie Ziemßen das Geld deponierte, er wußte, wo er wohnte, er hat schon früher verschiedentlich mit dem Kommerzienrat korrespondiert, weiß also wohl auch, daß er einen Privatsekretär Berghausen hat, und kennt dessen Unterschrift. Es wäre immerhin denkbar; er kann ja hier Helfershelfer haben, denn wenn es sich so ereignete, dann waren sicher gewandte Diebe im Spiel, Diebe und Urkundenfälscher, und es muß doch nachher noch ein zweiter Diebstahl verübt sein, bei dem Dir die Unterschriften wieder entwendet wurden.“ — „Onkel, das habe ich für unmöglich.“

Ein Herr wurde gemeldet und trat dicht hinter dem Diener ein — der Senator erkannte ihn sofort. „Nanu? Herr Kriminalkommissar? Was führt Sie zu mir?“ — „Eine etwas peinliche Sache.“ Er blickte auf Magnus. „Ach, ich vergaß: Mein Neffe und zukünftiger Schwiegersohn, Magnus Wörland — Herr Kriminalkommissar Doktor Wendland! Also Herr Kommissar, bitte, sprechen Sie, mein Neffe und Juniorchef kann alles mit anhören.“ Der Kommissar nickte. „Es handelt sich auch um Ihren Herrn Neffen, Herr Senator. Ich sagte Ihnen schon, es ist eine peinliche Sache, aber wir müssen jeden Auftrag erledigen. Es ist da ein Betrug vorgekommen, Sie wissen, wegen der hunderttausend Mark.“ — „Ich habe noch keine Anzeige erstattet, Herr Kommissar, und hoffe, daß sich die Sache harmlos auflösen wird.“ — „Sehr wohl, aber da soll der Name eines Herrn Berghausen aus Berlin mißbraucht worden sein, und dieser, der natürlich gleich einen Berliner Privatdetektiv bei sich hatte, erstattete Anzeige, und so muß ich den Fall untersuchen.“ — „So ein Schafstopf!“ — „Herr Senator, es ist ja auch besser.“ — „Sie wissen, ich verliere lieber Geld, wie daß ich die öffentliche Aufmerksamkeit erzeuge.“

Der Kommissar beachtete den Einwurf nicht. „Herr Berghausen oder vielmehr Herr Detektiv Raumer äußerte sogar einen bestimmten Verdacht.“ — „Einen bestimmten Verdacht?“ — „Er beschuldigt geradezu Ihren Herrn Neffen.“ — Wörland sprang auf. „Das ist ja unerhörte, den Berliner Herrn werde ich mir kaufen.“ — „Ganz recht, aber ich bin doch gezwungen, Herrn Wörland junior zu vernehmen.“ Magnus stand auf. „Ich stehe zur Verfügung. Unter diesen Umständen ist es mir nur angenehm, denn ich bin durchaus nicht gewillt, einen solchen Verdacht, den sich Herr Berghausen erdreistet hat auszusprechen, auf mir ruhen zu lassen. Ich bitte jedoch, daß mein Onkel an dieser Vernehmung teilnimmt.“ Er gab noch einmal den ganzen Gergang zu Protokoll.

„Und nun noch eine Formlichkeit. Da von den Herren, die die Anzeige erstatteten, ausdrücklich die Forderung gestellt wurde, muß ich in Ihrer Wohnung eine Hausdurchsuchung vornehmen.“ — „Auch das noch?“ — Wörland senior knirschte mit den Zähnen, aber Magnus, der zwar bleich, aber nun wieder gefaßt war, sagte: „Warum nicht? Ich habe nichts zu verbergen; im Gegenteil! Lieber Onkel, ich bitte Dich,

beauftrage den Herrn Kommissar auch Deinerseits, die Angelegenheit mit größtem Nachdruck zu verfolgen. Du kannst Dir denken, wie ich unter dem allen leide.“ — „Dann darf ich Sie also bitten, mich in Ihr Zimmer zu geleiten?“ — „Bitte, Herr Doktor.“

Die Herren gingen zusammen hinaus. Mit Schreien bemerkte Wörland senior, daß unter dem Personal die Köpfe zusammengesteckt wurden. Natürlich! Den Kriminalkommissar kannten viele, und daß irgend etwas vorging, hatte man aus dem lauten Benehmen der Berliner Herren geschlossen. Der Senator hatte sich vollkommen in der Gewalt und trat mit vergnügt lächelndem Gesicht ins Hauptkontor, hatte sogar ein paar Scherze auf den Lippen. Magnus reichte in seinem Zimmer dem Kommissar sein Schlüsselbund. „Bitte.“ Mit gleichmütiger Ruhe waltete der Beamte seines Wertes, zartföhlend und doch gründlich. Er las die Papiere, mit denselben unbewegten Miene einige Briefe des Vaters, wie das Schreiben des Geldverleihers aus Amsterdam, den Schuldschein und seinen zweiten Brief. Magnus stand am Fenster und blickte ihm den Rücken; der Kommissar steckte diese drei Schriftstücke zu sich. „So, Herr Wörland, ich bin fertig.“ — „Nun also.“ — „Dürfen wir noch einmal Ihren Herrn Onkel stören?“ — „Bitte.“

(Fortsetzung folgt.)

Bunte Zeitung.

Goethes Todesanzeige. Einer unserer gelegentlichen Mitarbeiter, so schreiben die „Köber“, entstand kürzlich in einer Altbücherei ein technisches Werk, stammend aus dem Anfang des vorigen Jahrhunderts. Zu Hause angekommen, war er nicht wenig überrascht, zwischen den letzten Blättern des Buches eine Beschreibung der ersten deutschen Eisenbahneinrichtungen, sowie Goethes Todesanzeige, die nur noch in wenigen Ständen vorhanden ist, vorzufinden. Der Text der gut erhaltenen Anzeige lautet: „Gestern Vormittags halb zwölf Uhr starb mein geliebter Schwiegersohn, der Großherzog. Eckschische wirkliche Geheimrat und Staatsminister Johann Wolfgang von Goethe, nach kurzem Krankenlager, am Schlagfluß in Folge eines nervös gewordenen Katharrhs der Luftröhre. Geisteskräftig und liebevoll bis zum letzten Hauche schied er von uns im drei und achtzigsten Lebensjahre. Weimar, den 23. März 1832. Ottilie von Goethe, geb. von Pogwisch, zugleich im Namen meiner drei Kinder: Walther, Wolf und Alma v. Goethe.“

Die Niederlage der Griechen.

Sordburg, 4. September. Die griechischen Zeitungen berichten von Defektionen und von einer Panik unter den griechischen Truppen. Die Lage der griechischen Armee ist sehr ernst. Nach der Rückkehr aus Smyrna gaben die Minister dem Kabinett Aufträge über die Lage an der Front.

Große Erregung in Athen.

Athen, 4. September. Die türkischen Zeitungen melden die Fortsetzung der Offensive. In Athen herrscht große Erregung über die Nachrichten, welche von der Front kommen. Die Griechen verhafteten viele Personen, denen sie Spionage zugunsten der Türkei vorwerfen.

Große Verluste der Griechen.

Paris, 4. September. Die griechischen Truppen ziehen sich dauernd zurück. An allen Abschnitten haben sie große Verluste.

Vergeblicher Widerstand.

Paris, 4. September. Aus Adama wird gemeldet, daß die Türken die griechischen Stellungen eingenommen haben. Der Widerstand von Seiten der Griechen war vergeblich.

England und der türkische Vormarsch.

Berlin, 4. September. Über die militärische Bedeutung des Vorrückens der Türken äußert sich der „Manchester Guardian“, der den Vormarsch der Türken bei den Griechen böllig überraschend gekommen. Die späte Jahreszeit schließt jedoch entscheidende Erfolge aus. Die Türken wünschten im Augenblick keinen Druck auszuüben, als Gegengewicht gegen die Truppenansammlungen der Griechen vor Adrianopel. Auf griechischer Seite wird versucht, die Erfolge der Türken als bedeutungslos hinzustellen. Nur mit großer Vorsicht äußert man sich über die Rolle, die Frankreich und Italien bei diesem Vorgehen der Türken spielen. Es finden sich aber doch Andeutungen, daß die Türkei sich mit ihren Freunden vorher über ihren Entschluß ausgesprochen habe. Überall wird darauf hingewiesen, daß vor dem Vormarsch auch neuerlich aus „Europa“ Waffenlieferungen stattgefunden hätten; Italien habe noch kürzlich vier Batterien schwerer Geschütze geliefert.

Aus der Sowjetföderation.

Die gefährlichen Studenten.

Moskau, 4. September. Es begannen Verhaftungen unter der akademischen Jugend in Moskau, Petersburg und anderen Universitätsstädten. Die Sowjetbehörden sehen in der studierenden Jugend ein gegenrevolutionäres Element und wollen die am meisten politisch tätigen Persönlichkeiten aus dieser Bewegung entfernen. Bisher wurden mehrere Hundert Studenten verhaftet, welche von den Sowjetbehörden angeklagt werden, daß sie der Partei der Sozialrevolutionäre, der Partei der Menschewisten und der konstitutionellen Demokraten angehören. Die Verhafteten werden nach Sibirien und in die Nordgouvernements des europäischen Rußlands verschickt.

Eine bankrotte Sowjetrepublik.

Moskau, 4. September. Der Rat der Volkskommissare erhielt eine dringende Bitte von der Sowjetrepublik Esten um finanzielle Hilfe. In dieser Bitte bemerken die Kommissare Grusins, daß sich in ihrer Kasse nur eine Million an Bonds der Republik Grusins befinden. Die Finanzkasse muß aber den Arbeitern und Beamten mehrere Milliarden Rubel für den Monat August ausbezahlen.

Die Begnadigung der Emigranten.

Moskau, 3. Septbr. (Telunion.) Die geplante Amnestie für alle russischen Emigranten, die sich in den Jahren 1917—1920 an den Kämpfen der Weißgardisten gegen die Sowjettruppen beteiligten, ist auf Veranlassung des linken Flügels des Zentralkomitees der russischen kommunistischen Partei bis zum 10. März des nächsten Jahres hinausgeschoben worden.

Deutsches Reich.

Deutscher Landwirtschaftsgenossenschaftstag. Bei äußerst zahlreicher Beteiligung wurde im Ruppelsaal des Hofgebäudes der 38. Deutsche Landwirtschaftliche Genossenschaftstag durch den Vorsitzenden des Gesamtausschusses, Landesökonomierat Johannsen, eröffnet. In einem Überblick über die derzeitige wirtschaftliche Lage Deutschlands kennzeichnete der Vorsitzende, Verbandsdirektor Johannsen, die katastrophale Entwertung des deutschen Geldes in erster Linie als eine Folge des Friedens von Versailles. Dazu komme, daß weisse Schichten des Volkes noch keine Ahnung zu haben scheinen von dem wirtschaftlichen Ruin, der Deutschland bedrohe. Sie befänden sich immer noch in einer Art Faschingsstimmung und wollen nicht bedenken, daß auf dem Faschingsstapel immer in der Regel ein trauriger Aschermittwoch folge. Namens der württembergischen Staatsregierung ließ Staatspräsident Dr. Sieber den Reichsverband als die größte landwirtschaftliche Organisation nicht nur Deutschlands, sondern der ganzen Welt willkommen. Nach einem Vortrag des Verbandsdirektors, Oberregierungsrats Bahrer, Stuttgart über Stand und Entwicklung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens in Württemberg — dem württembergischen Verband gehören zurzeit 1329 Genossenschaften mit rund 175 000 Mitgliedern an — erläuterte der Anwalt des Reichsverbandes, Regierungsrat Genes, Berlin, den Jahresbericht.

Keine allgemeine Zwangswirtschaft. Im Berliner Reichsernährungsministerium wurde erklärt, daß man dort der Einführung der allgemeinen Zwangswirtschaft im großen und ganzen ablehnend gegenüberstehe. Das Ministerium sei bereit, über das Ersuchen des Landbunds, den Getreidemittelpreis zu erhöhen, mit dem Ausschuss, der den Preis für das nächste Umlagebrot festzusetzen hat, zu beraten. Sollte man sich auch für eine Preisserhöhung des ersten Umlagebrotmittels entscheiden, so würde der heraufgesetzte Preis selbstverständlich nachgezahlt werden.

Beschlagnahme von Gold- und Aluminiumbronze. Beschlagnahmen wurden vom Münzberger Zollgrenzkommissariat 18 Kisten Gold- und Aluminiumbronze im Werte von 875 000 Mark, die weit unter dem in der Ausfuhrbewilligung angegebenen Preis an Argentinien verkauft und bereits auf dem Wege zur Grenze waren.

Die Zahlungsmittelnot im besetzten Gebiet. Der Oberbürgermeister und die Handelskammer in Köln haben gemeinsam an das Reichsbankdirektorium in Berlin geschrieben: „Trotz wiederholter dringender Mahnungen und schriftlicher Vorstellungen der Handelskammer und des hiesigen Reichsbankdirektoriums dauert die Zahlungsmittelnot an. Behörden und Firmen können die Gehälter nicht zahlen, die Löhne nur zum Teil. Aufregung und bedrohliche Unruhe ist in der Bevölkerung, namentlich bei den Arbeitern groß. Wir bitten dringend um reichlichere Überweisung von Zahlungsmitteln in für die Löhne geeigneter Stückelung. Da die Reichsdruckerei nicht genügt, bitten wir hiesige leistungsfähige und geeignete Druckereien mit Notendruck zu beauftragen.“

Wutige Krawalle. In Eberswalde bei Berlin sind schwere Krawalle entzündet. Eine große Menschenmenge begann am Donnerstag die Läden zu plündern und die Geschäfte zu demolieren. Die Orspolizei erwies sich als machtlos. Während dann der Freitag vormittag verhältnismäßig ruhig verlief, bildeten sich

Menge versuchte die Ladeninhaber zu veranlassen, die aus Besorgnis geschlossenen Verkaufsräume zu öffnen. Kurz vor 6 Uhr kam es zu Zusammenstößen zwischen Abteilungen der Schutzpolizei und der Menge. Etwa 25 bis 30 Personen sollen verletzt sein. Von der Berliner Schutzpolizei ist daraufhin eine Hundertschaft in Eberswalde eingetroffen. Bisher hat sie nicht eingegriffen gebraucht. Die Arbeiter einiger Fabriken haben unter Androhung des sofortigen Streiks die Forderung erhoben, daß die Schutzpolizei zurückgezogen werde, und daß auch ein Schießverbot für die Eberswalder Beamten erlassen würde. Der durch Plünderung und Zerstörung angerichtete Schaden ist auf mehrere Millionen zu schätzen.

Der Mangel an barem Gelde. Die Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik in Düsseldorf ist zur Bezahlung der Arbeiter mit Gutscheinen übergegangen, weil die erforderlichen Mittel von der Reichsbank ausgeblieben sind. Das Werk ersucht die Geschäftswelt, zur Unterstützung der Arbeiterschaft die Gutscheine in Zahlung zu nehmen. Es wurden bisher Gutscheine in fünf Serien zu je 1000 M. ausgegeben.

Das Kinderelend in Deutschland. Eine von Thüringischen Blätter gebrachte Zusammenstellung, die sich auf amtliches Material stützt, zeigt deutlich, wie weit das Kinderelend in Deutschland fortgeschritten. In Jella-Mehls waren von 1800 Kindern 1350 unterernährt. Von den Schulkindern in Jena hatten 3041 kein eigenes Bett. Im Bezirk Gotha sind 40 Prozent aller Kinder unterernährt. In Sondershausen bezeichneten die Ärzte 49 Prozent aller Kinder als krank. In Friedrichroda waren von 700 Kindern 312 unterernährt, in Waltershausen von 1360 unterernährten Kindern 716. Im Bezirk Oerdruf ist die Kindersterblichkeit im Jahre 1921 gegen 1913 auf das Fünffache gestiegen. In Naumburg sind 70 Prozent aller Kinder unterernährt. In Unterweissbach und in Eichenborn sind 40 Prozent der Kinder tuberkulös. Im Meuselwitzer Braunkohlenrevier sind 6,12 Prozent der Kinder normal, 24,27 Prozent der Kinder unterernährt, 50,49 Prozent gänzlich krank.

Zeitungsschicksale. Die „Saarbrücker Zeitung“, eines der ältesten Blätter Deutschlands, hat ihr Erscheinen eingestellt. Eine der ältesten Zeitungen Ostpreußens, die im 76. Jahre erscheinende „Preussische Morgenzeitung“, stellt mit dem Ablauf des Monats September aus wirtschaftlichen Gründen ihr Erscheinen ein.

Freistaat Danzig.

Die Franzosen in Danzig. Am Sonnabendnachmittag kam es in Danzig zu einem Zusammenstoß zwischen einem französischen Matrosen und einem Arbeiter. Der Matrose gehörte dem Kriegsschiff „Marne“ an. Wie der Streit entstanden, konnte bisher nicht festgestellt werden. Es kam zwischen dem Franzosen und dem Arbeiter zu Tätlichkeiten, worauf hinziehende Arbeiter gegen den Franzosen Partei ergriffen. In diesem Augenblick erschienen etwa zwanzig französische Matrosen auf der Brücke, und es kam nun zu einer allgemeinen Prügelei, bei der sich die Franzosen in das Café Baltic am Kasubischen Markt zurückzogen, wo sie einstellenden Schutz fanden. Die Bevölkerung versuchte darauf das Lokal, das den Franzosen Schutz gewährte, zu stürmen. Durch Beamte der Schutzpolizei wurde dieses jedoch verhindert. Während der Arbeiter, der mit den Franzosen im Streit geraten, sich dem Anspruch des Schutzbeamten fügte, griff der französische Matrose den Beamten tödlich an. Er wurde schließlich überwältigt und zur Bahnhofswache geführt. Die Erregung der Danziger Bevölkerung über das Verhalten der Franzosen dauerte noch bis in die späten Abendstunden hinein. Es sammelten sich in jener Gegend immer wieder neue Gruppen an, die den Vorgang lebhaft besprachen. Eine genaue Untersuchung der Angelegenheit ist bereits eingeleitet.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein Diebstahlprozeß. 57 Banditen und Räuber kommen vor dem Semberger Gericht in diesen Tagen zur Aburteilung, die in letzter Zeit über 100 neue Verbrechen begangen haben. Etwa 30 dieser Verbrecher sind schon fünfmal vorbestraft. 96 Prozent dieser Bande sind ukrainischer Nationalität. Der Anführer ist ein gewisser Bilyja. Etwa ein Jahr hat die Bande Semberg und Umgebung terrorisiert. Bei der Verfolgung der Banditen mußten mehrere Gendarmen und Polizisten ihr Leben lassen. Bei den Raubzügen fielen Waren und Gegenstände im Werte von Millionen in die Hände der Verbrecher. Die Mitglieder der Bande scheuten keineswegs vor einem Morde zurück, wenn es die Lage erforderte.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Kurse der Posener Börse.

Offizielle Kurse:	2. September	4. September
4proz. Bräm.-Staatsanl. (Wilsa-nowa)	160-165 + A	
Amlekt. Potocki i. Sta.	300-330 + N	330 + N
Bank Poznanski		170 + N
Bank Przemyslowcow	200 + N	200 + N
Bank Zw. Spółek Jarosl. i. IX. Gm.	220 + N	220 + N
Polski Bank Handlowy, Poznan		360 +
R. Barcikowski	175 +	
S. Legielski i. VII. Gm.	290 + A	290 + N
Centrala Rolnikow i. V. Gm.		175 + N
Centrala Stör	280 + N	260 + N
Hartwig Kantorowicz	760-750 + A	750 + N
Hertzfeld-Viktoria	370 + N	
Dr. Roman May	945 + N	950-955 +
Patria	470 + A	
Sarmatia i. II. Gm.	400 + A	
Zar		1500 + N
Wiedn. Browary Grodziskie		215 +

Auszahlung Berlin 580-597. Umsatz: 3 450 000 dtsh. Mk.

A - Angebot, N - Nachfrage, + - Umsatz.

Amthche Notierungen der Posener Getreidebörse

vom 4. September 1922.			
(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung.)			
Weizen	31 500—35 500	Weizenkleie	11 800
Roggen	17 500—18 200	Roggenkleie	11 800
Bräugerke . . .	16 800—17 600	Getreidestroh, lose	4 500
Hafer	19 500—20 500	gepr.	5 000
Weizenmehl 65 %	52 000—55 000	Sen, lose	6 200
Roggenmehl 70 %	30 500—31 000	gepr.	6 800
Größere Umsätze. — Stimmung: ruhig.			

Großere Umsätze. - Stimmung: ruhig.

= Danziger Börse vom 4. September. Mittagsturse: Polnisch: Mark 16.25, Dollar 1400.

Neu-Bestellungen

auf das „Posener Tageblatt“ für den Monat September werden von allen Pokanthalten, unseren Agenturen, sowie in der Geschäftsstelle ul. Zwierzyniecka 6 entgegengenommen.

der Nr. 189 des „Tagebl.“ nichts weiter ist als ein Streich des Druckfehlerzeufels. Da diese Berichtigung Herrn Janiczka offenbar entgangen ist, sei hier wiederholt, daß der von ihm gemeinte Satz des „Tageblatts“ in seiner wirklichen Gestalt lautet: „Aber das Interesse unseres Deutschlands steht ihnen höher als das eigene Interesse oder das Standesinteresse.“ Damit fallen auch alle Schlussfolgerungen des Herrn Janiczka weg.

Die in Warschau in russischer Sprache erscheinende, gegen-bolschewistische Zeitung „Zaswobodn“ („Für die Freiheit“) weist auf bolschewistische Stimmen hin, die besonders in der russischen Zeitung „Natanurie“ zum Ausdruck kommen und sich um das Wohlergehen der russischen nationalen Minderheiten im Ausland, zum Beispiel in Lettland, sehr besorgt zeigen. Wie kommen, so fragt die genannte Zeitung, die Sowjets, die auf der Wache des Internationalismus stehen und bestrebt sind, alles Nationalistische auszumergen, dazu, sich deshalb zu beunruhigen? Was bewegt eigentlich die Bolschewisten, die doch mit der nationalen Bewegung in der Ukraine, Weißrußland usw. kämpfen, plötzlich um das Schicksal der nationalen Minderheiten ihrer Nachbarn besorgt zu sein? Gründe sind genügend vorhanden. Der Bolschewismus nimmt sein Gut, wo er es findet. Er ist bestrebt, jede Unzufriedenheit der Massen für seine Zwecke auszunutzen. Mit allen Mitteln sucht er den nationalen Haß zu entfachen. Auf diesem beruht die bolschewistische Politik in Asien, im Fernen Osten usw. Vor zwei Jahren konnten sich die Bolschewisten, als sie ihre Herrschaft in Ungarn aufrichteten, an der nationalen Bewegung in Kroatien und anderen Ländern erfreuen. Nachdem aber die Bevölkerung mit den Gaben des Bolschewismus näher bekannt wurde, ist sie vorsichtiger geworden, schenkt nicht mehr so leicht den Gefängen der bolschewistischen Sirene Gehör. Jedoch darf man nicht sagen, daß der Bolschewismus endgültig seine Chancen verloren hätte. Die Zuspikung der nationalen Gegensätze bleibt für ihn ein getrübbtes Wasser, in dem er immerhin noch Fische fangen kann. Die führenden politischen Parteien Polens verhalten sich in bezug auf die Minderheiten aggressiv. Solche Haltung nährt den Unfrieden, welchen die Bolschewisten auszunutzen suchen. Um das Schicksal der Polen in Rußland kümmern sich die Bolschewisten nicht. Die Leiden der Russen und Ukrainer in Polen, Lettland, Estland und Finnland dagegen regnen den Bolschewisten am Herzen, und hier wird die bolschewistische Agitation das Ihre tun.

Nur die Möglichkeit, daß die nationalen Minderheiten ihre Ansichten im Staatsleben frei äußern dürfen, kann die bolschewistischen Intrigen beseitigen. Wird der Staat dieses Ziel verfolgen, so stärkt er sich selbst und entzweit gleichzeitig dem Bolschewismus den Boden.

Aus Polen.

Bau eines Hafens in Gdingen an der Ostsee.

Der „Dziennik Gdanski“ schreibt: Die „Agentur“ meldete, daß die Bauarbeiten am Hafen von Gdingen infolge Mangels an Mitteln unterbrochen worden und den im Hafen beschäftigten Arbeitern gekündigt worden war. In dieser Angelegenheit hat sich der „Kurjer Poranny“ an maßgebende Faktoren um Aufklärung gewandt und die Erklärung erhalten, daß die Bauarbeiten im Hafen von Gdingen nicht nur nicht unterbrochen, sondern daß sich die Regierung sogar in letzter Zeit besonders mit dieser Frage befaßt hat. Ein Beweis dafür ist, daß vor zwei Wochen vom Ministerrat ein Gesetzentwurf angenommen wurde, der die Regierung ermächtigt, alle Maßnahmen zu treffen, um den Bau des Hafens in Gdingen durchzuführen. Die Kredite, die für den Hafenbau unbedingt notwendig sind, werden alljährlich in den Haushaltsplan aufgenommen. Außerdem ist erklärt worden, daß die Regierung, da Danzig als Hafen für die Bedürfnisse Polens nicht ausreicht, die Absicht hat, die in Gdingen zurzeit geplanten Arbeiten noch zu erweitern.

Von anderer Seite wird wieder gemeldet: Die Gerüchte über die Einstellung der Arbeiten am Hafenbau in Gdingen bestätigen sich. Der Finanzminister hat im Ministerrat einen Antrag eingebracht, den Kredit für den Hafenbau auf die Dauer von fünf Jahren zurückzuziehen und lediglich Beträge für die Erhaltung der schon ausgeführten Arbeiten herzugeben. Der Ministerrat hat diesen Antrag angenommen. Was ist nun eigentlich die Wahrheit?

Zerfall der Stapiński-Partei.

Der „Dziennik Poznanski“ schreibt: „Die Stapiński-Partei, die sogenannte Linke der „Polnischen Volkspartei“, hat aufgehört zu sein. Die letzte Nummer des „Przegląd Ludu“, der von Stapiński redigiert wurde, hat schon unter dem Titel eine andere Parteizugehörigkeit. Anstatt der bisherigen Aufschrift: „Organ der Linken der Polnischen Volkspartei“ prangt die Aufschrift: „Organ der Polnischen Volkspartei“ (Wlast). Wie bekannt, ist der Abg. Stapiński der Wiosna-Partei beigetreten; seine Partei aber, das heißt die Linke der Polnischen Volkspartei, ist der endgültigen Auflösung unterlegen; denn die Mehrzahl der Mitglieder dieser Sonderpartei ist den Spuren des Führers, der heute in den Kreisen seiner Gegner wegen gewisser Angelegenheiten noch von früheren Zeiten her volkstümlich „Kanaadler“ genannt wird, nicht gefolgt, sondern hat ihren Beitritt zur Wyzwolenie-Gruppe erklärt.

† Französische Gäste beim Außenminister. Am 1. September gab Außenminister Marzulewicz zu Ehren der französischen wirtschaftlichen Abordnung ein Essen, bei dem er eine Rede hielt, in der er eine immer engere und fruchtbringendere wirtschaftliche Annäherung Polens an Frankreich mit Nachdruck betonte und zum Schluß ein Hoch auf Frankreich ausbrachte. Der Vorsitzende der französischen Mission, Tirmann, dankte in seiner Antwort für den überaus herzlichen Empfang und schloß mit einem Toast auf den Staatspräsidenten, Polen und die Minister Polens.

† Ein neues Wasserstraßengesetz. Der Wasserstraßenausschuss des Sejm hat unter dem Vorsitz des Abg. Hausner in dritter Lesung das Wasserstraßengesetz angenommen. Das Gesetz gilt für den ganzen Staat, fällt jedoch vor allen Dingen die Lücke im ehemaligen russischen Teilgebiet aus, wo es eine solche Gesetzgebung bisher nicht gab.

† Eine Senatskandidatin. Der Klub „Wyzwolenie“ macht folgende Mitteilung: Auf der Kreisversammlung des P. S. L. „Wyzwolenie“ der Kreise Wloclawel, Niezawa und Wpno, die am 27. August l. J. in Wloclawel stattfand, wurde der Name der Abgeordneten Jadwiga Dziubinska an erster Stelle auf der Abgeordneten-Kandidatenliste des Wloclawer Kreises gesetzt. Nach entschiedenem Verzicht auf ihre abermalige Kandidatur, wurde sie in der Verammlung zur Kandidatin desselben Kreises für den Senat gewählt. Jadwiga Dziubinska ist die erste weibliche Senatskandidatin in Polen.

† Der letzte Hallertransport ist am vergangenen Freitag mit 200 Rückwanderern über Danzig nach Amerika abgegangen.

Politische Tagesneuigkeiten.

Eine deutsche Note an Ungarn. Die „Bolschische Zeitung“ berichtet von einer deutschen Note an die ungarische Regierung, in der die deutsche Regierung gegen die Unterfützung Protest einlegt, die einige ungarische Kreise den deutschen antirepublikanischen Elementen angedeihen lassen. Die bisherigen Aufklärungen und Erklärungen der ungarischen Regierung in der Angelegenheit der Ermordung Erzberger, könne die deutsche Regierung nicht befriedigen.

Englisch-russische Verhandlungen in Berlin. Am Freitag fanden in der russischen Botschaft in Berlin Verhandlungen aus London eingetroffener englischer Großindustrieller mit Krasin und dem Chef der russischen Handelsmission in Berlin statt.

Wolności 11.
on 3326.

Dom Deutschen Wohlfahrtsamt in Posen.

Die veränderten politischen Verhältnisse und die durch Währung und Teuerung bedingte wirtschaftliche Lage stellten unsere deutschen Charitativen Anstalten und Vereine vor die Aufgabe, sich aus eigener Kraft Mittel zu beschaffen, um ihr Weiterbestehen zu ermöglichen, trotz mancherlei Versuchungen von amtlichen und nichtamtlichen Stellen, deutschen Wohlfahrtsvereinigungen ihr Eigentum zu nehmen. Da nur Einigkeit stark macht, so war vor allem eine Zentralstelle für die gesamte Wohlfahrtspflege nötig, der sich alle Vereine und Anstalten charitativer Art ohne Unterschied des Bekenntnisses anschließen konnten. Schon im Februar 1919 wurde das Deutsche Wohlfahrtsamt in Posen gegründet. In ihm sind alle Vereine, die zum Bezirk des Deutschentumsbundes Posen gehören, zusammengeschlossen; als die größten nennen wir: Den Landesverband der evangelischen Frauenhilfe und den Hilfsverein Deutscher Frauen mit ihren Zweigvereinen, den Evangelischen Erziehungsverein, die Diakonissenanstalt in Posen, die Post-Stricker-Anstalten in Pleschen, den Landesverband für Innere Mission, und die deutsch-katholischen und jüdischen Hilfsvereine.

Die Aufgabe des Deutschen Wohlfahrtsamtes besteht in der Mitarbeit auf allen Gebieten der Wohlfahrtspflege und in der Beschaffung und Verteilung von Mitteln, die durch Spenden zusammenfließen, um so das Aufheben der einzelnen Anstalten zu verhindern. Die Tätigkeitsberichte der uns angeschlossenen Vereine, die uns im vorigen Jahre zugehen, zeigen durchweg das traurige Bild des heutigen schweren wirtschaftlichen Kampfes. Die große Abwanderung der deutschen Mitbürger, besonders der wohlhabenden Kreise, die ständig wachsende Teuerung auf allen Gebieten bringen viele Anstalten dem wirtschaftlichen Zusammenbruch nahe, aber doch hoffen wir, auch weiterhin Mittel zu erlangen, um das Fortbestehen der wichtigsten deutschen Anstalten zu ermöglichen.

Besonders durch die Not der Zeit leiden die Erwerbsunfähigen, die Inassen der Siechen- und Altersheime, die Kleinrentner und Rentempfänger, die von ihren kleinen Alters- und Invalidenrenten nicht leben können und deren Spargroschen durch die Umwandlung der Mark entwertet sind. Sie sind alt und schwach, und wenn sie auch noch arbeiten könnten, so fänden sie hier, wo die Arbeitslosigkeit überhand nimmt, keine Beschäftigung, die sie vor dem Elend schützt. Hier eingreifen war eine wichtige Aufgabe des Wohlfahrtsamtes. Opferfreudige Landsleute aus Polen, aus Deutschland und aus Amerika ermöglichten es dem Wohlfahrtsamt, durch Geld und mancherlei Vorgeschenke diese Armen zu unterstützen, und ihnen durch den Winter zu helfen. Auch eine Sammlung zu Weihnachten, die eine erfreuliche Menge Geld und Lebensmittel von unseren Freunden uns einbrachte, wurde dazu verwendet, dort zu helfen, wo man früher Not und Sorge nicht kannte. Die Gaben wurden den Frauenhilfen, den katholischen und jüdischen Organisationen überwiesen, die sie ihren Hilfsbedürftigen zufließen ließen. Leider ist mit einem augenblicklichen Aufheben der monatlich gezahlten Beihilfen zu rechnen, da die gegenwärtigen Mittel erschöpft sind. Doch steht zu hoffen, daß durch einen Aufruf zu einer allgemeinen Sammlung doch wieder Mittel und Spenden zufließen werden, die dazu helfen die Alters- und Erwerbsunfähigenhilfe weiterzuführen.

Die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen sind schon länger in der Fürsorge des Wohlfahrtsamtes. Die Bearbeitung der Gesuche und die Auszahlung der Beihilfen an Kriegswitwen und -Beschädigte, aber auch an Veteranen hat das Wohlfahrtsamt dem Hilfsverein deutscher Frauen zugewiesen. Neben den gelblichen Unterstützungen werden auch die Ansprüche der Geschädigten bei den Behörden geltend gemacht und Anträge an die polnische Kriegsbeschädigtenfürsorge gestellt.

Durch das Entgegenkommen des Deutschen Roten Kreuzes ist es dem Wohlfahrtsamt gelungen, in diesem Jahre 66 erholungsbedürftigen deutschen Kindern einen Kuraufenthalt an der Nord- und Ostsee zu verschaffen. Der Transport der 60 Kinder, die in einem Kinderheim des Roten Kreuzes in Nordholz bei Cuxhaven Aufnahme fanden, geschah im Auswandererzuge, und dank des Entgegenkommens der polnischen Behörden wickelte sich alle Papiormalitäten glatt ab. Durch die gütige Vermittlung des Landesverbandes für innere Mission überwieß uns die Britische Mission für Hilfe in Polen 5 weitere Plätze in deren Kinderheim Heubude bei Danzig. So konnte unserer Jugend neben der so notwendigen körperlichen Erholung auch die Möglichkeit gegeben werden, ein schönes Stück Welt zu sehen und unvergeßliche Eindrücke heimzubringen. Gleichzeitig konnten dank der opferfreudigen Gastfreundschaft unserer Landsleute in diesen Ferien 75 Kinder im hiesigen Gebiet auf dem Lande untergebracht werden.

Die Jugendhorte in der Stadt Posen werden von uns unterhalten. Auch konnten wir aus einer Spende in diesem Jahre den Kleinkinderschulen und Waisenhäusern Mittel zur Weiterführung ihrer Betriebe überweisen.

Große Aufgaben sind gelöst, größere stehen uns noch bevor, und viele Schwierigkeiten stellen sich unserer Arbeit entgegen, aber trotzdem hoffen wir, daß, wenn auch manche Lücke in unseren Kreis gerissen wird, das Deutsche Wohlfahrtsamt doch immer durch die Hilfsbereitschaft seiner Freunde und Gönner das bleiben wird, was seine Begründer wollten: die Beratungsstelle für alle Volksgenossen, die in Not sind, die mit Rat und Tat eingereift und das Gefühl erhält, daß Deutsche auch unter den neuen Verhältnissen nicht verlassen sind.

Wer an dieser gemeinamen Aufgabe mithelfen will, sende seine Gaben an die Direktion der Diskontogesellschaft Filiale Posen in Poznań, Konto Deutsches Wohlfahrtsamt.

Ein politischer Prozeß.

Vierter Verhandlungstag.

△ Posen, 3. September.

Als einer der ersten Zeugen der Sonnabend-Verhandlung im Porankiewicz-Prozeß wurde der Stadtrat Sniady vernommen, dem der Vorsitzende folgende Fragen vorlegte: „Ist Ihnen etwas über die kommunistische Tätigkeit des Porankiewicz bekannt?“ Zeuge: „Ich war längere Zeit in Kommzellen und kann daher von diesen Dingen nichts wissen.“ Dann macht der Zeuge Aussagen über die Person des Orzech, den Porankiewicz unter diesem Namen vorgestellt haben soll. Der Vorsitzende der 21 Grundzüge der 3. Internationale folgt die Frage des Vorsitzenden: „Geben Sie Ihren Anhängern empfohlen, diese Grundzüge anzunehmen?“ Die Beantwortung dieser Frage lehnt der Angeklagte Porankiewicz ab. Weiter verliest der Vorsitzende eine feinerzeit vom Angeklagten vorgeschlagene Entschädigung, die auf eine Fühlungnahme mit der 3. Internationale hinweist.

Der Angeklagte Schwab erklärte auf Befragen des Vorsitzenden ebenfalls, daß er sich niemals mit Agitation befaßt habe, seine Arbeit bestand nur in Redaktionsstätigkeit. Als Kommunist könne doch nur der bezeichnet werden, der tatsächlich Mitglied der 3. Internationale sei. Dieses kommt jedoch für keinen der Angeklagten in Betracht. Angeklagter Porankiewicz bezeichnet sich als unbedingter Anhänger und Bekenner der polnisch-russischen Orientierung und nennt die Namen bedeutender Polen, die dieselben Ziele verfolgten. Er bemerkt, daß man aus Feinden Freunde des polnischen Volkes machen müsse; es gebe heute keinen anderen als den Versöhnungsweg. Der Vorsitzende lehnt das Beziehen einer polnisch-russischen Orientierung ab und bemerkt, daß eine solche niemals bestanden habe.

Zeuge Oljzowski bekennt, daß jeden zweiten, dritten Tag Diskussionsabende stattgefunden hätten; weiter behauptet er energisch, keinen Orzech zu kennen.

Nach Schluß des Zeugenverhörs hält der Staatsanwalt die Anklagerede und führt am Schluß aus, daß die Angeklagten sich verabredet hätten, einen Umsturz der bestehenden Staatsverhältnisse herbeizuführen. Er beantragt daher gegen alle drei Angeklagten eine Zuchthausstrafe von 5 Jahren

treten in anderen Partien machen können. Den Kontenlang Herr Bedlewicz, dessen Vorzüge und Schwächen an dieser Stelle schon früher gekennzeichnet wurden. Mit seiner Hauptnummer, der Dumka, erreichte er eine starke Wirkung. Die beiden Bapartien brachten zwei hier schon bekannte und anerkannte Sänger auf die Bühne: Herrn Urbanowicz, dessen schönes Organ wieder zu hören eine Freude war, und Herrn Tarnowski, der zugleich die Spielleitung hatte und den Dank für die Lebendigkeit und Beweglichkeit der Volksmassen und die geschickte Aufstellung und Gruppierung der Auftretenden in Empfang nehmen darf. Am Dirigentenpult saß der neue Direktor, Herr Stermich. Durch lebhafte Zeitmache und energische Akzentuierung wußte er den Eindruck des Alltagsbreiten der von dieser Oper bei weniger geschickter Behandlung leicht ausgeteilt mit Glüd zu vermeiden. Chor und Orchester folgten seiner Leitung mit großer Aufmerksamkeit.

Das Publikum dankte für die anregende, wirkungsvolle Ausführung durch lebhaften Beifall, der wiederholt fogor — und man muß sagen: leider — den Gang der Handlung durchbrach und manche schöne Stelle um ihren Ausklang brachte. Herrn Direktor Stermich wurde ein Lorbeerfranz überreicht.

Bücher und Zeitschriftenchau.

Von Dr. M. Meißer.

Vom Statistischen Amt der Stadt Posen erhalten wir einen starken Band von 208 großen Quartseiten, enthaltend die Rechnungslegung der Posener Stadterverwaltung (Sprawozdanie zarządu miasta Poznania) für die Zeit vom 1. April 1918 bis zum 31. März 1921. Der Inhalt gibt ein vielseitiges Bild von den Verhältnissen in unserer Stadt, von der Tätigkeit des Magistrats und der Entwicklung Posens überhaupt. Der erste Teil enthält die allgemeine Rechnungslegung. Vorangestellt ist eine Chronik der wichtigsten Ereignisse der in Frage kommenden Zeit. Die Chronik beginnt mit dem Datum des 14. Mai 1918, wo der Kommandierende General des V. Armee Korps die polnische Gesellschaft der männlichen und weiblichen Pfadfinder auflöste. Dann folgen die Daten der Revolutionstage vom 10. November ab, neben dem 27. Dezember, wo die Ankunft Paderewskis den Aufstand entsetzte, bis zum 3. März 1919, wo eine Mission der Alliierten in Posen erschien, um die Verhältnisse zu ordnen. Am 23. März 1919 wurde der Stadtrat gewählt, am 10. April desselben Jahres die Universalität in Posen organisiert. Am 17. April wurde Drzewski Stadtpräsident, am 3. Mai zum ersten Mal der Konstitutionstag gefeiert. Am 1. Juni fanden die Sejmwahlen statt. Am 18. und 19. August wurde der oberste Volksrat liquidiert und das Ministerium des ehemals preussischen Anteils eingerichtet. Am 15. Oktober besuchte

und bittet den hohen Gerichtshof, sich auf 3 Minuten zurückziehen zu dürfen.

Es folgen die Plaidoyers der Verteidiger. Während Rechtsanwält Grzybowski mehr die politische Seite der Angelegenheit hervorhebt, wendet sich Dr. Goniawski mehr dem eigentlichen Beweismaterial zu. Dr. Glazer dagegen wies auf die Unhaltbarkeit der Anklage kraft der §§ 81—85 hin, die doch nur bei eigentlichen Hochverrat in Frage kommen, also bei tatsächlichen Versuchshandlungen. Die Beratungen wurden gegen 7 Uhr zu Ende geführt. Die Verkündung des Urteils erfolgt Dienstag mittags um 12 Uhr.

Local- u. Provinzialzeitung.

Posen, 4. September.

Zur Bekämpfung des Zuckermangels.

Das Finanzministerium teilt nach einer Warschauer Mitteilung mit, daß es im Anschluß an Beratungen mit dem außerordentlichen Kommissar für Bekämpfung der Teuerung beschlossen habe, zur Behebung des künstlich hervorgerufenen Zuckermangels wieder Zuckervorräte in größerer Menge an die Bevölkerung abzugeben. Dieser Zucker gelangt durch Vermittlung der städtischen Lebensmittelämter und Korporationen zur Verteilung.

Es ist in der Tat die höchste Zeit, daß gegen den künstlich geschaffenen Zuckermangel etwas Ernsthaftes unternommen wird. In der Stadt Posen ist der Zucker so knapp, daß die meisten Geschäftsleute ihn (jetzt in der Einmachzeit!) — nur noch in Mengen von einem Pfund auf den Kopf der Bevölkerung abgeben. In der Kleinstädten, z. B. in Buk., erhält man den Zucker nur noch zum Preise von 600 Mark! Es fehlt hier einmal wieder jede, aber auch jede Organisation, sonst könnte es nicht vorkommen, daß unsere Hausfrauen in der Einmachzeit in der Obst in Hülle und Fülle diesmal zur Verfügung steht, keinen Zucker bekommen können. Eingemachte Früchte aber bilden einen wertvollen Ersatz für andere Lebensmittel, deren Preise im kommenden Winter zweifellos eine schwindelhafte Höhe erreichen werden.

Errichtung eines Obersten Verwaltungsgerichtshofs in Polen.

In zwei Monaten beginnt der Oberste Verwaltungsgerichtshof für Polen seine Tätigkeit und wird die Gesetzmäßigkeit der Verordnungen und Bestimmungen prüfen, die auf dem Gebiet der Staats- und der Selbstverwaltung erlassen worden sind. Der Zuständigkeit dieses Gerichts unterliegen nicht: a) Sachen, für die die Gerichte zuständig sind; b) Sachen, für deren Entscheidung die Verwaltungsbehörden zuständig sind; c) Ernennungen in öffentlichen Ämtern und Stellen, soweit es sich nicht um eine Vergewaltigung des im Gesetz vorgesehenen Rechts für die Besetzung dieser Ämter handelt; d) Sachen, die die Repräsentation des Staates und seiner Bürger gegenüber fremden Staaten und Behörden betreffen; e) Fragen, die mit kriegerischen Vorbereitungen im Zusammenhang stehen; f) Disziplinarfragen.

Beschlüsse des Landesauschusses.

Vom stellvertretenden Landeshaupmann er

halten wir folgende Mitteilung:

Der Landesauschuss hat am 28. August d. J. unter dem Vorsitz des Marschalls Wize folgende Angelegenheiten erledigt: a) Erlass einer Verfügung über die Durchführung einer Pferde- und Hornviehzählung am 15. September zwecks Verifizierung des Inventars für den Fall einer Abschachtung wegen Seuchen; b) Beihilfen für den Bau von Brücken und Wegen in einer Gesamthöhe von 159 638 234 Mk., die in Jahresraten zahlbar sind; c) Zuteilung der ersten Beihilfsrate für die Befestigung der Wege in einer Gesamthöhe von 39 000 000 Mk.; d) Annahme des Vorschlags der Landesanstalt für Taubstumme in Posen für das zweite Halbjahr dieses Jahres in einer Gesamthöhe von 54 000 000 Mk. Es wurden einmalige Beihilfen gewährt: e) der Gesellschaft für Bekämpfung der Tuberkulose in Höhe von 2 000 000 Mk. für Satzungsanträge dieser Gesellschaft, insbesondere aber für den Ankauf von Brennmaterial, Lebensmittel und für die Abfertigung des Sanatoriums in Mielitz; f) 200 000 Mark dem Verlag des „Ruch prawniczy i ekonomiczny“ (Rechts- und Wirtschaftsbewegung) in Posen; g) Befestigung des Akademismus mit den Salesianerinnen über die weitere Leitung der Landes-Erziehungsanstalt in Antoniewo; h) Erhöhung der Tagelöhner der Mitglieder des Landesauschusses; i) Gewährung eines dreimonatigen Urlaubs an den Generaldirektor der Landes-Feuerversicherungsanstalt, Paronowski, und Übertragung der Stellvertretung dem Ober-Landes-

der Staatspräsident die Stadt. Dies sind die wichtigsten Ereignisse der angegebenen Zeit. Der große Umsturz, der sich vollzog, kommt auch in der auf die Chronik folgenden Gegenüberstellung der Ehrenbürger und der Magistratsmitglieder der Jahre 1918 und 1919 zum Ausdruck. Während im Jahre 1918 die großen deutschen Feldherren Hindenburg und Ludendorff, sowie der Geheimrat Witting in Berlin, ehemals Posener Oberbürgermeister, sowie Geminister von Balow, ehemals Oberpräsident von Posen, zu Ehrenbürgern ernannt wurden, lesen wir auf der Liste des Jahres 1919 die beiden Namen Ignacy Paderewski und Wojciech Trzaskowski. Auf diese Listen folgen Übersichten über die Größe des Posener Stadtgebietes und die Verteilung desselben. Sodann eine Übersicht über das Wetter, über die Bauwirtschaft vom Jahre 1908 ab, über die Anzahl der Wohnungen von 1910 ab und über die natürliche Bevölkerungsbewegung. Sodann folgt die finanzielle Rechenschaftslegung über die Wirtschaft der Stadt.

Der zweite Teil des Rechenschaftsberichtes beschäftigt sich mit dem Stand und der Tätigkeit der städtischen Einrichtungen. Wir bekommen alle nötigen Daten über die Entwicklung des Schulwesens in allen seinen Zweigen, über die Magistratsbibliothek, die Tätigkeit des großen städtischen Theaters, über den Zoologischen Garten. Sodann folgen Berichte über die öffentliche Wohlfahrt, über die Kriegshilfe, über das Sanitätswesen, über die städtische Milchvieh, über die Reinigung der Stadt, die städtischen Badeanstalten. Ein weiterer Abschnitt legt Rechenschaft ab über die Tätigkeit der Krankentrassen. Sodann wird das Wirtschaftsleben der Stadt behandelt, und zwar die Verpflegung, der Aufbau der Stadt, das Verkehrs- und Wohnungswesen, die Licht- und Wasserversorgung, die Feuerwehr, die Tätigkeit der Stadt für Handel und Gewerbe, der Viehhandel, die Organisation der Arbeit, das städtische Sparkassen- und Kreditwesen. Daraus folgt die eigentliche Rechenschaftslegung. Den Schluß bildet ein Verzeichnis der städtischen Deputations- und Kommissionsmitglieder und ein alphabetisches Inhaltsverzeichnis. Für jeden, der sich mit der Geschichte unserer Stadt gerade in der so wichtigen und interessanten Zeit der Revolution und des Überganges an Polen beschäftigen will, bildet dieser städtische Rechenschaftsbericht eine Quelle ersten Ranges.

Um sich die dazu nötigen polnischen Sprachkenntnisse zu erwerben, gibt es mancherlei Hilfsmittel. Uns liegt vor Schmanz, Kleine polnische Sprachlehre, und der dazu gehörige Schlüssel. Dieses Buch gehört zu der Sammlung der Lehrbücher nach der Methode Gaspey-Otto-Sauer, die im Verlag von Julius Groß in Heidelberg erschienen sind. Die ganze Anordnung des Stoffes und die Einrichtung des Buches ist ähnlich wie bei der zu derselben Sammlung gehörigen polnischen Konver-

Theater und Musik.

Am ersten Septembersonntag begann die neue Theater- und Konzertsaison. Ihre erste Woche bringt mehrere Opernabende und zwei Konzerte.

Das Große Theater, das den Reigen eröffnete, hat einen neuen Leiter bekommen. Der neue Direktor heißt Stermich-Balercioia. Obwohl nicht Nationalpole, sondern Italiener dalmatinischer Herkunft, ist er ein in polnischen Musikkreisen bekannter Mann. Er wirkte früher als Kapellmeister in Prag und an der Wiener Volksoper und später an mehreren polnischen Opernbühnen (Warschau, Lemberg) und geniesst den Ruf eines erfahrenen Orchesterleiters und Theatermannes und eines guten Kenners der polnischen Opernliteratur. In einer Pressekonferenz, die am Sonnabend in den Verwaltungsräumen des Großen Theaters stattfand, führte er sich mit der Sympathie erweckenden Erklärung ein, daß er angesichts der großen Schwierigkeiten, mit denen die hiesige Oper gegenwärtig zu kämpfen hat nicht zu viel versprechen wolle, und daß das, was das Große Theater werde bieten können, abhängen würde von der Leistungsfähigkeit des stark veränderten Personals, das sich notwendigerweise zum nicht geringen Teil aus Anfängern zusammensetzen müsse. Die Schwierigkeiten, von denen er sprach, liegen zum Teil in den riesenhaften Geldaufwendungen, die heutzutage der Unterhalt einer Opernbühne erfordert, zum Teil in der geringen Zahl geschulter und bühnenreiferer Sänger und Sängerinnen hierzulande und in der Schwierigkeit und Kostspieligkeit der Beschaffung des für jede Neuaufführung notwendigen Notenmaterials. Diese Ungunst der Umstände kann nicht verkannt werden und wird selbstverständlich berücksichtigt werden müssen. Gelingt es dem Großen Theater trotzdem, künstlerisch Wertvolles zu bieten, so wird ihm natürlich die Anerkennung aller einsichtigen Beurteiler nicht fehlen.

Der erste Opernabend brachte, wie in den Vorjahren, „Mojusizlos, Halka“. Die Hauptrolle war neu besetzt. Ihre jetzige Vertreterin ist Fel. Chmizka, eine temperamentvolle Sängerin mit verständigem, lebendigem Spiel, deren schönes Stimmmaterial sie und da durch Hedernde und zu grelle Tongebung geschädigt wird. Die Gesamtwirkung ihrer Leistung war aber ohne Zweifel musikalisch und dramatisch stark. Eine neue Erscheinung war auch der Darsteller des Janusz. Herr Komelto, ein Sänger mit sympathischem, männlich dunklem Organ, das sich offenbar noch in der Entwicklung befindet und bei richtiger Behandlung und Vermeidung jeder Überspannung Schönes zu geben vermag. Besonders augenfällig ist seine ausgezeichnete Textbehandlung. Einen günstigen Eindruck machte auch die Darstellerin der Sophie, Fel. Konstantowna. Ein genaueres Bild von ihrem Können und ihrer künstlerischen Eigenart wird man sich aber erst nach ihrem Auf-

rat Dzedzicki, sowie Bestätigung der über den Haushaltsplan gemachten Ausgaben und Erledigung einer Reihe von geringfügigeren Verwaltungsfällen.

Postsendungen ins Haus. Das Post- und Telegraphenministerium hat eine Verfügung erlassen, nach der nach Eröffnung der betreffenden Postdirektionen Geldüberweisungen der Postsparkasse, sowie Wertbriefe und -Pakete im Ortsverkehr bis zum Werte von 100 000 Mark, im Fernverkehr bis zu 20 000 Mark dem Empfänger ins Haus zugestellt werden. Diese Verfügung ist am 1. September d. J. in der ganzen Republik Polen, mit Ausnahme Oberschlesiens, in Kraft getreten.

Lebensmittelwucher. Ein Obsthändler erstand am Sonnabend von einem Gartenbesitzer 15 Pfund das Pfund für 40 Mark und verkaufte sie noch in derselben Stunde für 110 Mark weiter. Das ist Lebensmittelwucher in schönster Form. Auf demselben Gebiete bewegt sich gegenwärtig auch der Kleinhandel mit Kartoffeln, die man pfundweise mit 28—30 Mark bezahlen muß, während man sie zentnerweise auf den Wochenmärkten schon für 1400—1800 Mark haben kann.

Posener Bachverein. Am Mittwoch, dem 8. September, abends 8 Uhr, konzentrierten im Vereinslokal zwei der bedeutendsten Berliner Künstler, Hans Baxmann (Geige) und Frau Eugenie Stolz-Premyslaw (Cello). Uns liegt eine Reihe von Urteilen der Presse vor, die das Beste erwarten lassen. Der „Samb. Korresp.“ rühmt von H. B. „sein hochentwickeltes Können, seinen scharfen musikalischen Intellekt“. Paul Becker schreibt in der „Frankf. Ztg.“: „...schmelzend-gefühlvoller, beweglicher Ton, intelligenter, natürlich empfundene Phrasierung, seine Eleganz, hochentwickelte Virtuosität, graziöse Leichtigkeit und Delikatesse.“ Adolf Göttemann in der „Zagl. Rundschau“: „Seine von einer außerordentlichen Musikalität getragene hohe Kunst steht neben der von Fiesch und Busch.“ Die „Allgem. Mus.-Ztg.“: „H. B. stellt mit der Wiedergabe der D-moll-Sonate eine Leistung hin, die ihn unter die Ersten seines Faches rückt.“ — Über Frau Stolz-Premyslaw urteilt Leopold Schmidt in der „Berl. Tagebl.“: „Sie behandelt ihr Instrument mit Meisterschaft. Mit elegantem und blühendem Ton spielte sie das Konzert von d'Albert und heimliche furchtbare Erfolg.“ Die „Allgem. Mus.-Ztg.“: „Bei dieser ausgezeichneten Cellistin sind Technik und Vortrag so schön gebildet, daß man jede Kritik vergißt und sich allein dem künstlerischen Eindruck hingibt.“ Die „Allgem. Ztg.“ nennt sie „die einzige (weibliche) Kniegeigerin, die sich wirklich künstlerisch durchgesetzt hat.“ In Wiga ist ihr Spiel „der Glanzpunkt des Abends; in Christiania rühmt man „ihre hervorragende Technik, ihren gesangvollen Ton“, in Wien bewundert man sich an ihrer „erstaunlichen Empfindung, ihrem hinreißenden Temperament“. — Da die Künstlerin Frau Annemarie Müller-Görz eine ebenbürtige, hochintelligente Partnerin haben, die jahrelang mit großem Erfolge im öffentlichen Musikleben stand, dürfen wir uns auf einen ganz seltenen, erlebten Genuß freuen.

Der hiesige Ruhestandsbeamtenverein bittet uns, mitzuteilen, daß am Mittwoch, dem 6. d. Mts., nachmittags um 5 Uhr im Evangelischen Vereinssaal, und zwar in den Räumen, in denen bisher die monatlichen Besprechungen abgehalten wurden, eine Hauptversammlung stattfindet. Zweck der Versammlung ist es, über das Weiterbestehen des Vereins zu beraten. Alle Mitglieder werden gebeten, vollständig zu erscheinen.

Selbstmord oder Verbrechen? Sonnabend nachmittag gegen 3 Uhr wurde hinter der Militärkaserne, Rajak gegenüber, die Leiche eines 18—19jährigen jungen Mannes aus der Warte gezogen, der in der rechten Schläfe eine Schußverletzung hatte. Ob der junge Mann das Opfer eines Verbrechens geworden ist oder Selbstmord begangen hat, ist noch nicht mit Sicherheit festgestellt. Man neigt jedoch der letzteren Annahme zu. Der Tote ist etwa 1,58 Meter groß, hat rundes barloses Gesicht, blondes Haar und war bekleidet mit einer grauen Militärjacke, grünen Beinkleidern, weißem Hemd mit schwarzen Streifen, schwarzen Schuhen und schwarzen Strümpfen und weißen Unterhosen; Kopfbedeckung und Personalausweis fehlten. Personen, die über den Namen des jungen Mannes Auskunft geben können, werden gebeten, dies bei der Kriminalpolizei Zimmer 2 zu tun. Unter Umständen handelt es sich um einen Schloßerlehrling, der seit einigen Tagen spurlos verschwunden ist. Die Leiche hat einen, höchstens zwei Tage im Wasser gelegen.

Der Reuchhusten tritt in diesem Sommer, vermutlich durch die andauernde regnerische Witterung mit veranlaßt, bei Kindern und Erwachsenen epidemisch auf. Das einzige wirksame Gegenmittel, eine Luftveränderung, ist von vielen Erkrankten während der neuntägigen Sommerferien angewandt worden. Ob mit Erfolg, muß erst die Zukunft lehren.

Grammatik von Wicherliwicz. Nur sind die grammatischen Erörterungen viel kürzer gefaßt. Das ganze Buch umfaßt 187 Seiten und enthält außer 43 Lektionen mit 86 Übungen einen Anhang mit deutschen und polnischen Übersetzungsaufgaben, darunter eine Anzahl Gedichte, ferner das Lateinische, den sogenannten englischen Gruß, das apostrophische Glaubensbekenntnis und die zehn Gebote in polnischer Sprache, sodann einige Briefmuster und einige leichte Gespräche mit danebenstehender deutscher Übersetzung, ein paar Sprichwörter, ein polnisches und ein deutsch-polnisches Wörterverzeichnis. Für Anfänger ist das Buch, das klar und verständlich alles Wichtige über die polnische Sprache mitteilt, sehr zu empfehlen.

Vom Heimkulturverlag G. m. b. H. Wiesbaden erhalten wir ein Heft von 60 Seiten zugesandt mit dem Titel: „Vau Dir selbst, der billigste Weg zum eigenen Heim.“ Nach einem Vorwort des Herausgebers Max Veeh kommt als erstes Kapitel: die Wohnungsnot und ihre Beseitigung. Hier wird das Wohnungsproblem in Deutschland geschildert. In Österreich bestand es schon vor dem Kriege und nach dem Friedensschluß mußte mit weit über einer Million fehlender Wohnungen gerechnet werden. Durch die Spekulation mit Grund und Boden wurde das Wohnungsproblem immer mehr vergrößert. Das zweite Kapitel behandelt den Bau des Eigenheims: das Ideal einer Wohnung ist das Einfamilien- oder Einzelehaus. Die beste Bauart ist der sogenannte Lehmbau, der 40 bis 70 Prozent Ersparnis an Kosten des Mauerwerks zuläßt. Das nächste Kapitel ist überschrieben: Wie baut man für's halbe Geld. Es enthält Ansichten und Pläne von einfachen Einzelehäusern. Hierauf wird die Frage beantwortet: Was ist Stempelbau und wie wird er ausgeführt. Hier wird mit Abbildungen eine genaue technische Darstellung der neuen Bauweise gegeben. Eine besondere Abart ist der Heimkultur-Überbau. Nachdem auch dieser genügend geschildert ist, folgt ein Kapitel: Meine Kriegserfahrungen beim Stempelbau, verfaßt von Ferdinand Dunkelmann. Und als letztes Kapitel: Der billigste Weg zum Eigenheim. Die Lektüre des Heftes ist zu empfehlen für alle, welche für eine Anlage von Einzelehäusern Interesse haben. Erinnert sei daran, daß eine andere neue Bauweise, die des Baurats Bollinger in Göttingen ist, welcher sogenannte „geöffneter Häuser“ herstellt, wovon wir in der „Wunden Zeitung“ unserer Dienstnummer (Beilage unter dem Stich) berichtet haben.

Dem Heft des Heimkulturverlages liegen Prospekte bei von einem Buche „Sparame Heizung“. Dieses Buch soll Anweisungen enthalten, wie man beim Heizen von Ofen und Herden alle Heizgase nutzbar machen kann, so daß der Kohlenverbrauch viel geringer wird. Das Heft „Sparame Heizung, wie man 50 Prozent Heizmaterial spart“, ist ebenfalls im Heimkulturverlag, Wiesbaden, erschienen.

Es wurden uns verschiedene Zeitschriften zur Besprechung eingesandt. Aus Lodz kommen zwei Nummern der Wochen-

Die Optionsabteilung des Deutschen Generalkonsulats in Lodz befindet sich jetzt im Konsulatsgebäude ulica Zwierzyniecka (fr. Targowicastr.) Nr. 15, 1. Treppe.

Wieder ein Opfer des Tabakmonopols. Am 1. d. Mts. hat das ehemalige Kilia und Komp. 'sche Zigarrengeschäft an der Gde St. Martin und ul. Gwonna 12 (fr. St. Martin- und Viktoriatrasse), zuletzt Eigentum von Boczajski, seinen Betrieb eingestellt. An seine Stelle tritt ein neues Schuhwarengeschäft. An Geschäften letzterer Art ist in Lodz nachgerade auch kein Mangel mehr.

Miljonówka. In der letzten Ziehung der Miljonówka am Sonnabend gewann die Nummer 2 806 230, die in Warschau verkauft war.

Taschendiebstähle. Manche Leute lassen sich nun einmal nicht belehren, das beweist u. a. die Sorglosigkeit, mit der sie auf dem Bahnhof ihre Wertgegenstände den gierigen Blicken von Taschendieben preisgeben oder in den Wartesälen des Nachts der süßen Ruhe pflegen, um dann beim Erwachen festzustellen, daß ein Taschendieb sich inzwischen ihrer liebevoll angenommen hat. So wurde am Sonnabend wieder auf dem Hauptbahnhof einem Reisenden eine dreifarbige goldene Uhr mit goldener Kette im Werte von einer halben Million Mk. gestohlen. In einem anderen Falle stahl die 39jährige Smierzyńska einer anderen Reisenden eine Handtasche mit 12 920 Mk. polnischem und 100 Mk. deutschem Gelde. Sie wurde dabei überfallen und festgenommen; das Eigentum wurde der rechtmäßigen Besitzerin wieder zurückgegeben.

Gestohlen wurde am Sonnabend aus dem Hofe des Grundstücks an der Bogdan 8 ein grüngefarbener Schlächterwagen mit Scherdeckel im Werte von 100 000 Mark.

Polizeilich festgenommen wurden am Sonnabend 6 Personen wegen Trunkenheit, am Sonntag keine, ferner 8 leberliche Frauenzimmer wegen Überschreitung der Alkoholgrenzschranken.

Riffa i. P., 3. September. Die Stadterordneten wählen, die infolge der Ungültigkeitserklärung der ersten Wahlen vorgenommen werden müssen, finden am Sonntag, den 22. Oktober d. J. statt.

Aus dem Kreise Birnbaum, 3. September. Mit dem Abschluß des Monats August ist auch im hiesigen Kreise die Ernte zu Ende gegangen. Trotz des schlechten Erntewetters, das wieder die „Siebenstücker“ auf dem Gewissen haben, ist der Auswuchs beim Roggen doch nur gering gewesen, und Sommerung wie Winterweizen bekamen noch leidliche Erntewitterung. So ist der Verderb, abgesehen vom Körnerausfall, bei überständiger Frucht infolge der vom Baune gebrochenen „Landarbeiterkommerzien“ noch zu verschmerzen. Allgemein gespannt war man in Fachkreisen über das Ernteresultat, denn die diesjährige Galmsernte gehörte zu der schwer zu schätzenden, besonders in Bezug auf die Winterfrucht. Man war sich bewußt, leicht zu hoch oder zu niedrig zu greifen, je nachdem man sich einseitig von dem zu dünnen Stand des Halms oder von der guten Ausbildung der Ähre bei der Beurteilung leiten ließ. Nach den bereits erfolgten Probeernteergebnissen wird leider allgemein das erstere der Fall sein; denn der Ertrag gab nicht den Optimisten recht. Infolge der Kürze des Halms und der guten Konstitution der Ähre „schüttete“ der Roggen beim Drusch sehr gut, doch war der Stand auf dem Felde gar zu dünn, den die gute Ähre leider lange, lange nicht auszugleichen vermochte. Das Kreisernte dürfte etwa bei 5 Ztr. liegen. Noch mehr scheint der Weizen zu enttäuschen, dem man auf dem Galm Verzeihen mußte; er wird den Roggen höchstens um 2 Ztr. überreffen. Auch Hafer bei seinem glänzenden Stand hat nicht das gehalten, was er versprochen, wird aber immerhin den Roggen bis gegen das Doppelte überholen. Auch hier war der Stand zu dünn, um eine große Ernte abzuwerfen. Gerste hatte normalen Stand und wird auch dementsprechend lohnen. Überhaupt aber kommt es bei der Sommerung darauf an, ob sie die anfangs vorherrschende Frühlingstrockenheit ohne „Brand“ überstanden hatte, wo nicht — infolge leichten Bodens —, zählt in solchen Bezirken das Ergebnis nicht mit.

Schultz, 2. September. Gestern wurde aus der Weichsel in der Nähe von Schultz die Leiche einer unbekannten Frau gefischt, die bereits längere Zeit im Wasser gelegen haben muß, da der Körper bereits in Auflösung befindet. Die Frau war etwa 30 bis 40 Jahre alt, hatte blondes Haar und war mit einem schwarzen Rock bekleidet.

Aus Kongresspolen und Galizien. **Warschau, 25. August.** Der „Rzeczpospolita“ zufolge sind 32 Warschauer Hotelbesitzer zu Strafen von 2000—20 000 Mk. verurteilt worden, weil sie die Verordnung betreffend das Verbot von Alkoholabschank an Sonnabenden und Tagen vor großen Festen überschritten hatten. — Bei den Gerichtsverhandlungen über die Novemberprogramme des Jahres 1918 wurde, wie die „Gazeta Warszawska“ mitteilt, fest-

geschrieben: „Freiheit“. Diese ist das Organ der „Deutschen Arbeiterpartei Polens“. Dieses Organ trat in seiner Nummer 1 den Titel „Die Arbeit“, von Nr. 2 ab ist der Titel in „Freiheit“ verändert worden. Das Heft „Die Arbeit“, welches schon am 25. März 1922 erschien, enthält einen Programmaufsatz über die Deutsche Arbeiterpartei Polens von Artur Kronig. Die Deutsche Arbeiterpartei bildet eine sozialistische Organisation der deutschen geistigen und körperlichen Arbeiter von Lodz, sie will auf polnischem Gebiete den Kampf der Arbeiterklasse für die ökonomische Befreiung führen, außerdem enthält „Die Arbeit“ Aufsätze von A. Jerbe, A. Alta und P. Fischer. „Die Freiheit“, Nr. 2, enthält außer anderen Aufsätzen einen Bericht des Sekretariats der Deutschen Arbeiterpartei über die Entwicklung dieser Partei. Bemerkenswert sind die zahlreichen Diskussionen über politische, soziale und allgemein bildende Fragen, z. B.: Was ist Politik, Lohnarbeit und Kapital, Das Leben des Staates, Die Forderung und die Wirtschaftspolitik der Regierung, Das Recht der Frauen, Aus der Geschichte der Deutschen in Polen, Warum und was sollen wir lesen? Diese Themen zeigen, daß sich die Deutsche Arbeiterpartei in anerkennender Weise um die Bildung und geistige Entwicklung der deutschen Arbeiterbevölkerung von Lodz bemüht.

Aus Danzig erhalten wir die erste Nummer einer Zeitschrift für Unterhaltung, Hauswirtschaft und Mode: „Die Frau im Osten“. Das erste Heft, das mehr auf Reklame berechnet zu sein scheint, gibt wohl noch keine genügende Vorstellung von dem Zukunft des ganzen. Dies vermag auch nicht das Vorwort „An unsere Leserinnen“, denn dieses verspricht in sehr weitgehender Weise den verschiedensten Lesern, und zwar allen Frauen im Osten, insbesondere den Frauenvereinen, ferner den Hausfrauen, den Müttern der eleganten Dame, der sorgenden Hausmutter, der schöngeistigen Frau, kurz jedem Familienmitglied von der Großmutter bis zur jüngsten Enkelin, etwas zu bieten, ja es schmeißt sich sogar mit der Hoffnung, daß auch die Männerwelt nicht ungern danach greifen wird. Es ist sehr anerkennenswert, daß das Blatt vor allem für die Frau als deutsche Frau dasein will, jedoch kann nicht verschwiegen werden, daß die ganze Aufmachung vorläufig noch etwas dürftig ist, — doch läßt sich dieser Schaden vielleicht noch ausgleichen, wenn sich eine genügende Leserschaft findet.

Das Augustheft der „Deutschen Rundschau“, herausgegeben von Rudolf Bechel im Verlag von Gebr. Paetel in Berlin, enthält eine Reihe von ausgezeichneten Beiträgen. Hier sei vermehrt der Aufsatz von Unterstaatssekretär A. D. Franke: „Der Wiederaufbau des europäischen Verkehrsnetzes“, aus dem wir in Nr. 183 des „Pos. Tagebl.“ einiges brachten. Hierauf folgt ein längerer Aufsatz: „Was wird aus den deutschen Eisenbahnen?“ von Reichstagsabg. Duack, dann eine interessante geschriebene Erzählung: „Das älteste Ding der Welt“ von Willy Seidel. Hierauf berichtet Otto Fischer über „Die Not der Volga-Deutschen“, sodann Hans Braumüller über „Stand und Staat“.

gestellt, daß die Morde an 27 Juden hauptsächlich von ukrainischen Banditen verübt wurden, die aus den Gefängnissen entlassen worden waren, oder von ukrainischen Deserteuren, oder aber in einigen Fällen sogar von den Juden selbst. In dieser Angelegenheit wurden kürzlich in Lemberg mehrere Personen verhaftet. Im November 1918 wurde die aus vier Personen bestehende Familie Sonntag ermordet. In dem Untersuchungsverfahren sagten die Mutter der ermordeten Familie und deren Sohn aus, daß der Mord von dem bekannten Lemberger Banditen Wladyslaw Kijal verübt worden sei. Dieser wurde daraufhin festgenommen. Später widerriefen jedoch die beiden Zeugen ihre ursprüngliche Aussage und gaben an, daß polnische Soldaten die Täter seien. Infolgedessen wurde Kijal aus der Haft entlassen, und er flüchtete nach Rumänien. Jetzt wurde festgestellt, daß Kijal die beiden Sonntags bestochen hat; für den Widerruf ihrer ursprünglichen Aussage zahlte er 1/4 Million Mark. Wegen einer falschen Aussage und wegen Meineids wurden nun die beiden Sonntags verhaftet.

Aus Ostdeutschland.

Golbap i. Ostpr., 2. September. Als am Dienstag in Graubowen bei Golbap Ostpr. das zehnjährige Töchterchen Helena des Besitzers Honus das Pferd von der Weide nach Hause bringen wollte, schaute das Tier vor einem Auto und schleppte das Kind in wilder Hast die Straße entlang. Die bedauernswerten Eltern konnten ihr Kind nur noch als Leiche heimbringen.

Sport und Jagd.

Am Sonnabend, dem 3. September spielte „Bogor“ (Kattowitz) gegen „Warta“ (Posen). 1b 2:1 (1:0). Die Kattowitzer Mannschaft, die seinerzeit von „Unja“ sehr hoch abgefeuert worden war, hat sich zu ihrem Vorteil verändert. „Warta“ hatte in der 1. Halbzeit mehr vom Spiel, ließ dann in der 2. Halbzeit etwas nach. Graczyk hat man sonst besser spielen sehen. Smyt, der das einzige Tor für die Grünen schoß, war als Mittelfürmer gut, aber etwas zu langsam. Szyk war, als er dann halblinks spielte, gut. Aus Antoniewicz läßt sich vielleicht der künftige Linksaußen der 1. Mannschaft machen. Der Tormann schien zuweilen nicht recht Lust zu haben, zuzugreifen. Der Sieg der Kattowitzer war wohlverdient. Schiedsrichter war der Trainer von „Warta“.

Fußballkämpfe am Sonntag. Posen-Oberschlesien 0:1. Aus den ersten Blick wird man erstaunt sein, daß die Posener eine Niederlage erlitten haben. Wenn man aber bedenkt, daß sich die Repräsentativmannschaft von Posen nicht durchweg aus den besten Spielern zusammensetzte, andererseits Oberschlesien eine starke Repräsentativmannschaft geschildert hatte, wird die Niederlage, die unter Umständen noch größer hätte ausfallen können, verständlich. Das Spiel hatte wohl einige interessante Momente, war aber sonst nicht gerade sehr interessant, wie auch das Sonnabendspiel: „Bogor“—„Warta“ 1b. Frequenz des Spiels mäßig. Schiedsrichter war Kapitän Baran. Das entscheidende Tor für die Oberschlesier ist übrigens aus das Schuldkonto des Tormanns Przejaski zu schreiben.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Kontakts werden unseren Lesern gegen Einlieferung der Bezugsquittung unentgeltlich aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Anfragen erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarkte beiliegt.)

S. G. in B. Zu einer brieflichen Beantwortung Ihrer 7 Anfragen liegt kein Grund vor. 1. Von einer eigentlichen Abschaffung kann z. B. leider noch nicht die Rede sein, dagegen haben Anträge auf völlige oder teilweise Befreiung von der Steuer die besten Aussichten. 2. und 3. Diese Frage ist uns nicht ganz verständlich. Die Mutter eines verstorbenen Sohnes oder einer verstorbenen Tochter gilt als Verwandte ersten Grades und hat in diesem Falle Anspruch auf den gesetzlichen Pflichtteil. 4. Der gegenwertige Grundstückswert gilt. 5. Hier gilt nur die polnische Valuta. 6. Der gegenwertige Wert ist zu Grunde zu legen. 7. Die Sache wegen der unregelmäßigen Lieferung des „Pos. Tagebl.“ durch die Post wird von unserer Geschäftsstelle erledigt werden.

Geschäftliche Mitteilungen.

Ein polnischer Sprachkurs beginnt heute, Montag, abends 7 Uhr im Zeichenkloster des hiesigen Deutschen Gymnasiums in der ul. Strzelecka 29 (fr. Schützenstr.), Erdgesch. rechts. Der Unterricht wird von einer pädagogisch geschulten Kraft Montags und Donnerstags zwischen 7 bis 9 Uhr, einem Großpolen und ehemaligen Oberlehrer, erteilt. Anmeldungen werden noch in den Unterrichtsstunden entgegengenommen.

Verantwortlich: für den politischen und den allgemeinen Teil: J. W. Theodor Wentz; für Lokal- und Provinzialpolitik: Rudolf Herberichs; für den Angelegenheit: S. Siforatti. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Posen.

Ein besonders wertvoller Beitrag scheint uns der folgende zu sein: Aus Edmund Lunds Gedächtnisbuch an Benedikt, nach der italienischen Ausgabe des Pasquale Regri, deutsch bearbeitet von Helene Raff. Das italienische Original erschien im Jahre 1855 und enthält die Reiseerinnerungen eines Schweizer Edmund Lunds. Lunds versteht es ausgezeichnet zu erzählen, und mit großem Interesse lassen wir uns von ihm durch die eigenartige, seltsame Stadt führen. Ferner bringt die „Deutsche Rundschau“ ein bisher ungedrucktes Manuskript von Clemens Breniano über Theaterprobleme der Romantik, welches Dr. R. Smekal herausgibt. Hierauf beilagt Schumann in einem Aufsatz: „Vom Grenz- und Auslandsdeutschum“ die Fäbrenänderung in Deutschland, die dem Auslandsdeutschen sein Symbol gedeut hat. Es folgt eine politische Rundschau sowie eine literarische. Alle Beiträge der Zeitschrift stehen literarisch durchaus auf der Höhe.

Die „Ostdeutschen Monatshefte“, herausgegeben von Carl Lange, Oliva bei Danzig, Verlag Georg Stille, Danzig, bringen in ihrem Augustheft auf ausgezeichnetem Kunstdruckpapier eine Anzahl von Illustrationen zu ihren Aufsätzen. Am Anfang plaudert Ernst Armin über die Gedächtnisräst großer Männer. Auf ein Gedicht von Hans Benzmann folgt sodann ein Aufsatz über Radierungen von Bruno Wiener mit 6 Wiederabgaben von Radierungen dieses oberösterreichischen Künstlers, der in seinen Radierungen uns Blicke in die oberösterreichische Industrielwelt tun läßt, darauf erzählt Reinhold Heuer über „ungehobene Schätze in einer alten Deutschordensstadt“ (Thorn). Paul Abramowski berichtet von Graf Heinz von Luckner, einem aus Danzig stammenden Wäser, von dem drei Gemälde, natürlich in Schwarzdruck, wiedergegeben werden. Auf ein Gedicht von J. W. Bischoff folgt eine Gespenstergeschichte aus der ehem. Provinz Posen. Aus dem übrigen Inhalt sei noch erwähnt: Carl Langes Aufsatz über den westpreussischen Dichter Bruno Pompeck mit einer Anzahl von Proben, ferner die Fortsetzung eines Aufsatzes: Westpreussische Dichter von Herbert Saeel, der Hans Ryfer, Oskar Lörke und Albrecht Schaeffer charakterisiert, ferner mehrere nobilitische Beiträge. Aus der „Rundschau“, die den Abschluß des Heftes bildet, sei hervorgehoben der Bericht über die dritte Tagung des Deutschen Schachbundes in der Ostmark, ferner der philosophische Aufsatz: Kunst und Wissenschaft von Apemilius, außerdem enthält das reichhaltige Heft noch verschiedene Buchbesprechungen und Berichte über neue Briefmarken.

Die äußere Ausstattung der „Ostdeutschen Monatshefte“ zeichnet sich aus durch gediegenes Material und moderne vornehme Ausführung. Diese Hefte sind jedem, welcher hier im Osten an der deutschen Kulturbewegung teilnehmen will, sehr zu empfehlen. Bemerk sei, daß gegenüber der „Deutschen Rundschau“ die Form der Beiträge mehr feuilletonistischen Zuschnitt hat.